



# Plenarprotokoll

## 41. Sitzung

Freitag, 22. November 2013

### Gemeinsame Beratung

**a) Aktionsplan für Menschen mit Behinderung erarbeiten - Umsetzung der UN-Konvention voranbringen.....**

3303

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/1308

**b) Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012.....**

3303

Drucksache 18/1035

Heike Franzen [CDU]..... 3304, 3313  
Birte Pauls [SPD]..... 3305, 3313  
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 3306, 3315  
Anita Klahn [FDP]..... 3308  
Wolfgang Dudda [PIRATEN]..... 3310  
Flemming Meyer [SSW]..... 3311  
Dr. Heiner Garg [FDP]..... 3312

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung.....	3315	<b>EU-Strukturfonds</b> .....	3327
Birgit Herdejürgen [SPD], zur Geschäftsordnung.....	3317	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1217	
Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 18/1308		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	3327, 3340
2. Überweisung des Berichts Drucksache 18/1035 an den Sozialausschuss und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung.....	3317	Regina Poersch [SPD].....	3329, 3339
<b>Verordnung zur Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung - Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher</b> .....	3317	Astrid Damerow [CDU].....	3330
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/807 (neu)		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3331
<b>Mehr Klarheit bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln mit tierischen Bestandteilen schaffen!</b> .....	3318	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	3334
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/961		Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	3336
Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses Drucksache 18/1294		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	3337
Hauke Göttisch [CDU], Berichterstatter.....	3318	Angelika Beer [PIRATEN].....	3340
Uli König [PIRATEN].....	3318	Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und alle weiteren Ausschüsse.....	3341
Heiner Rickers [CDU].....	3319	<b>a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung</b> .....	3341
Regina Poersch [SPD].....	3320	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1155	
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3322	<b>b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“</b> .....	3341
Oliver Kumbartzky [FDP].....	3323	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1156	
Flemming Meyer [SSW].....	3324	<b>c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen</b> .....	3342
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	3325	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/1157	
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	3325		
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/807 (neu)			
2. Annahme des Änderungsantrags (selbstständig) Drucksache 18/961 in der Fassung der Drucksache 18/1294.....	3327		

Bericht und Beschlussempfehlung  
des Finanzausschusses  
Drucksache 18/1243

Thomas Rother [SPD], Berichter-  
statter..... 3342

Beschluss: 1. Verabschiedung des  
Gesetzes Drucksache 18/1155 in  
der Fassung der Drucksache 18/  
1243  
2. Verabschiedung des  
Gesetzes Drucksache 18/1156  
3. Verabschiedung des  
Gesetzes Drucksache 18/1157 in  
der Fassung der Drucksache 18/  
1243..... 3342

**Sammeldrucksache über Vorlagen  
gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts-  
ordnung des Schleswig-Holsteini-  
schen Landtags**..... 3342

Drucksache 18/1316

Beschluss: Annahme..... 3342

\* \* \* \*

#### **Regierungsbank:**

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-  
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-  
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des  
Ministerpräsidenten

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-  
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-  
heit, Familie und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:03 Uhr**

#### **Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu  
nehmen. Ich eröffne die Sitzung. Frau Abgeordnete  
Sandra Redmann und Herr Abgeordneter Wolfgang  
Baasch sind weiterhin erkrankt. - Wir wünschen  
den beiden Abgeordneten gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt sind für die SPD-Fraktion Herr Abgeord-  
neter Dr. Ralf Stegner, für die Fraktion BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN Herr Abgeordneter Dr. Andreas  
Tietze und für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter  
Christopher Vogt. Sie befinden sich auf einer wich-  
tigen Auslandsreise des Parlaments. Wegen ent-  
sprechender auswärtiger Verpflichtungen sind für  
die Landesregierung Herr Ministerpräsident Albig  
und heute auch Frau Ministerin Dr. Wende beur-  
laubt.

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne die Be-  
suchergruppe des Regionalen Bildungszentrums  
Eckener-Schule in Flensburg und die Familie Fried-  
rich. Das sind Gäste unserer Frau Abgeordneten Si-  
mone Lange aus Flensburg, die sie heute hierher  
begleitet haben. - Seien Sie alle herzlich willkom-  
men im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 33 und 60 auf:

#### **Gemeinsame Beratung**

##### **a) Aktionsplan für Menschen mit Behinderung erarbeiten - Umsetzung der UN-Konvention voranbringen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des  
SSW

[Drucksache 18/1308](#)

##### **b) Bericht des Landesbeauftragten für Men- schen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012**

[Drucksache 18/1035](#)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Weil es in diesem Tagesordnungspunkt um einen Bericht geht, richtet sich die Reihenfolge der Redner nach der Größe der Fraktionen. Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

Bevor wir jedoch in die Debatte einsteigen, möchte ich unseren Beauftragten begrüßen. Herr Dr. Uli Hase sitzt oben auf der Tribüne. Bei diesem wichtigen Tagesordnungspunkt ist so Ihr wichtiges Auge bei uns Abgeordneten. - Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie da sind!

(Beifall)

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute gemeinsam den **Bericht des Landesbeauftragten**. Ich möchte ihm sehr herzlich für seinen Bericht danken.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Außerdem beraten wir den **Antrag der Koalitionsfraktionen** zum Aktionsplan für Menschen mit Behinderung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bericht des Beauftragten ist auch dieses Mal sehr umfangreich und aufschlussreich, doch der Antrag der Koalitionsfraktionen ist leider armselig. Das kann man wirklich nicht anders sagen.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Die Landesregierung soll einen solchen Aktionsplan erstellen. Es gibt keine konkrete Zielsetzung und keine Antwort auf die Frage, was der Plan bewirken und bis wann er erarbeitet sein soll. Ich hoffe, dass dies noch in dieser Legislaturperiode geschehen wird. Der Auftrag an die Koalitionsfraktionen lautet: Frau Ministerin, erstellen Sie irgendwann einmal einen Aktionsplan; was drin steht, ist nicht so wichtig. Ich glaube, so ein Antrag im Parlament hätte viel mehr Substanz haben können. Ich finde, das wird der Politik für Menschen mit Behinderung leider überhaupt nicht gerecht.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Dabei gibt der Bericht des Landesbeauftragten wirklich genügend Anhaltspunkte, die aufgegriffen werden müssen. Nach wie vor ist die **Barrierefreiheit** eine der wesentlichen Herausforderungen, der wir uns stellen müssen. Gehen Sie mit uns den ef-

fektiven und praktikablen Weg. Wir haben dies bereits im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen beantragt, und wir werden es auch in diesem Jahr wieder beantragen: Legen Sie mit uns gemeinsam einen **Fonds für Barrierefreiheit** auf, um die Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen.

(Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben aufgrund eines von der damaligen Sozialministerin Frau Trauernicht erarbeiteten Plans ein **behinderntenpolitisches Gesamtkonzept** entwickelt. Lassen Sie uns dieses Konzept zu einem Aktionsplan weiterentwickeln und unter anderem die Bereiche Behinderung am Arbeitsmarkt oder auch Behinderung im Alter angehen, anstatt die Erarbeitung eines Aktionsplans auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

Der Anhang des Berichts enthält eine **Studie** über die Einstellung von personalverantwortlichen norddeutschen Arbeitgebern zur **Beschäftigung von Menschen mit Behinderung**. Diese macht doch deutlich, dass wir an dieser Stelle, was die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt angeht, noch sehr viel Aufklärungsarbeit zu leisten haben. Das ist ein Bericht, der gute Chancen und Handlungsmöglichkeiten bietet und aufzeigt, wo wir konkret ansetzen können. Darüber hinaus besteht weiterer Handlungsbedarf bei der Frühförderung. Hier macht der Landesbeauftragte einen sehr konkreten Vorschlag über einen moderierten Prozess. Diesen sollten wir aufgreifen und miteinander diskutieren.

Auch das Thema **Inklusion in der Schule** liegt im Moment offen auf dem Tisch. Die Forderung nach einer Qualitätsüberprüfung ist absolut berechtigt, denn wir wollen ehrlich sein: Wir wissen nicht, ob und wie erfolgreich wir mit dem, was wir im Augenblick in Bezug auf Inklusion in Schulen machen, tatsächlich sind.

Ich sage: Dort, wo Menschen, wo Kinder aufgrund ihrer Behinderung zu Außenseitern werden, ist unsere Inklusionspolitik gescheitert. Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall CDU und FDP)

Daher unterstützt die CDU-Fraktion den Vorschlag des Landesbeauftragten und die **Entwicklung von Förderzentren** in Richtung **Kompetenzzentren**.

Weitere Themen, die wir im Rahmen eines solchen Aktionsplans aufgreifen müssen, umfassen die Frage der Situation der Taub-Blinden und deren Bedarfe und die Frage der Anerkennung von Schwerbe-

(Heike Franzen)

hinderung von Menschen mit Migrationshintergrund. Ein weiteres Thema ist der barrierefreie Tourismus. Ein Thema ist bereits im Landtag angekommen, das ist das Thema der Einführung von leichter Sprache.

Gerade die Einzelbeispiele aus der Arbeit des Landesbeauftragten zeigen, dass wir weiterhin **Barrieren** in den **Köpfen der Menschen** abbauen müssen, und zwar insbesondere bei der Verwaltung. Leistungen für Menschen mit Behinderung sind keine Sozialhilfeleistungen, sondern notwendige Leistungen, um Nachteilsausgleiche sicherzustellen. Das ist immer noch eine Botschaft, die wir weitertragen müssen.

Abschließend möchte ich mich sehr herzlich bei Uli Hase, unserem **Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung**, und seinem gesamten Team bedanken. Wir danken Ihnen für Ihren Einsatz für Menschen mit Behinderung, den Sie unermüdlich in unserem Land leisten. Das ist eine wertvolle Arbeit, die Sie alle gemeinsam leisten. Nehmen Sie bitte den Dank der CDU-Fraktion entgegen.

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Bericht des Landesbeauftragten und den Antrag der Koalitionsfraktionen wollen wir gern im Sozialausschuss beraten; in der Hoffnung, dass wir in diesen Antrag ein bisschen Substanz hineinbekommen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Hase! Eigentlich würde mein Kollege Wolfgang Baasch diese Rede jetzt gern halten. Ich weiß, dass er das liebend gern gemacht hätte, nicht nur aus politischer Verantwortlichkeit für dieses Thema, sondern auch aus tiefster Überzeugung und wegen seines jahrzehntelangen Engagements für Menschen mit Behinderung. Deshalb wünsche ich Wolfgang auch von dieser Stelle alles Gute und gute Besserung!

(Beifall)

Lieber Uli Hase, im Namen meiner Fraktion möchte ich mich bei Ihnen und bei Ihren Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern ganz herzlich bedanken, für Ihren informativen und vor allem aufschlussreichen Bericht, aber auch für die wunderbare Arbeit, die Sie tagtäglich für unser Land mit den Menschen und für die Menschen mit Behinderung leisten. - Herzlichen Dank dafür!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Bericht hält uns als Parlament und der Gesellschaft einen Spiegel vor: Wie gehen wir als Politik und als Gesellschaft mit denen um, die vielleicht mehr als alle anderen Schutz, Begleitung, Anerkennung, aber auch Gleichberechtigung und Teilhabe im besten Sinne der Selbstverständlichkeit brauchen? Ich meine Selbstverständlichkeit in der Kita, in Schule, im Arbeitsleben, in der Politik, in der Freizeit, beim Wohnen, beim Bauen, in den Verwaltungen, in und mit den Medien, im Umgang miteinander, beim Einkaufen und so weiter, eben ein **selbstverständliches Miteinander**.

Unsere Gesellschaft besteht nun einmal aus den unterschiedlichsten Menschen. Hier geht es doch nicht nur um Menschen mit den anerkannten eingeschränkten Fähigkeiten, zum Beispiel Sehen, Hören, Sprechen, Laufen, Fühlen und so weiter, nein, hier geht es auch um Menschen, die laut Zeugnis vielleicht alles können, beste Noten haben, aber im mitmenschlichen Bereich überhaupt nicht zurechtkommen. Um es mit anderen Worten zu sagen: Wer bedarf also mehr der Inklusion: Menschen, die nach unserem allgemeinen Verständnis und Begriffen gesund sind, wie zum Beispiel der Mathematikprofessor, der zwar gute Berechnungen anstellen kann, der aber im mitmenschlichen Umgang überhaupt nicht zurechtkommt, oder aber der Gehörlose, der zwar nicht hören kann, der aber hervorragende Sozialkompetenzen mitbringt?

Es ist diese **Vielfalt**, die unsere Gesellschaft bunter, aber eben auch robuster macht. Jeder hat seine Stärken und Schwächen. Und nur wenn wir gewillt und vor allem fähig sind, diese Stärken und Schwächen anzugehen, sie zu fördern und zu nutzen, geben wir allen die Möglichkeit, einen Beitrag zum Großen und Ganzen zu leisten. Das muss unser Weg sein, und das genau ist der Weg der Inklusion. Durch Ausgrenzung von im System klar definierten Einschränkungen schaffen wir es nicht. Stattdessen gehen uns viele Ressourcen und positive Erlebnisse verloren.

Um der Unterschiedlichkeit der verschiedenen Menschen gerecht zu werden, müssen alle die **gleichen Chancen** haben. Das bedeutet aber nicht, sie

(Birte Pauls)

gleich zu behandeln. Wir bieten den Menschen nur dann eine Chancengleichheit, wenn wir ihnen die individuell benötigten Rahmenbedingungen schaffen.

Es passiert viel im Land. Die **Gemeinde Kropp** hat sich zum Beispiel im letzten Jahr aufgemacht und sämtliche Bereiche und Angebote des alltäglichen Lebens vom Supermarkt bis zum Sportverein, Straßenverhältnisse, Musikkurse und so weiter durchforstet. Sie hat geschaut, ob jedes Angebot auch wirklich von jedem, auch von denen, die dort in der Diakonie leben, in der Gemeinde wahrgenommen werden kann. Das ist ein beispielhafter Versuch, Inklusion auch in der Gemeinde zu leben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe dort an einigen Veranstaltungen teilgenommen und muss sagen: Dies hat mich wirklich sehr tief beeindruckt.

Aber es liegt noch viel Arbeit, vor allem beim Umdenken in unseren Köpfen, vor uns. Immer noch haben es **Menschen mit Behinderung** deutlich schwerer, einen guten **Arbeitsplatz** zu finden. Das beginnt schon beim Ausbildungsplatz, wie die aktuelle Studie des DGB uns zeigt. Auch die Zahl der Arbeitslosen in dieser Gruppe liegt seit Jahren konstant hoch. Anscheinend haben viele Arbeitgeber das Potenzial noch nicht erkannt. Laut Angaben der Agentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord, haben 26,5 % der verpflichteten Arbeitgeber keine schwerbehinderten Mitarbeiter eingestellt. Es gibt also noch viel zu tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um diese vielen Aufgaben zu leisten, bitten wir die Landesregierung, einen **Aktionsplan für Menschen mit Behinderung** auf den Weg zu bringen. Wir möchten, dass die UN-Konvention nicht nur gut zu lesen ist, sondern dass sie in unserem Land selbstverständlich auch gelebt wird. Daher möchten wir mit unserem Antrag einer der Kernforderungen des vorliegenden Berichts Rechnung tragen. Die Einbindung von Menschen mit Behinderung jeder Form in den Entstehungsprozess des Aktionsplans ist hierbei eine Selbstverständlichkeit, die wir gemeinsam mit der Landesregierung einhalten wollen. Denn ein Teil des Entstehungsprozesses muss es sein, die Lage der Menschen mit Behinderung in unserem Land erst einmal zu erfassen. Darauf hat Uli Hase in seinem Bericht und in Gesprächen immer wieder hingewiesen: Einen umfassenden Überblick über die tatsächlichen Nöte, Ängste und Pro-

bleme von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein gibt es noch nicht.

In der vergangenen Woche hatte ich die Ehre, unserer Sozialministerin eine **Einladung** zu überreichen. Die Einladung stammte von einer jungen Frau, die in den **Schleswiger Werkstätten** arbeitet und die im Namen ihrer Gruppe die Einladung so formulierte:

„Wir würden uns sehr freuen, wenn die Ministerin uns besuchen kommt, damit wir aus unserer eigenen Sicht und eigenen Gefühlen und Empfindungen schildern, wie es für uns ist, in einer Werkstatt zu arbeiten. Auf diese Weise erfährt die Ministerin direkt und aus unserem Mund, was uns stört, was uns gefällt, womit wir einverstanden sind und dass nicht alle gleich viel belastbar sind in Leistung, Arbeitsstunden und in der Seele. Es können nicht alle über einen Kamm geschert werden.“

Viel treffender kann man es nicht formulieren.

An dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank an Uli Hase und sein Team für seinen Bericht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im Namen meiner Fraktion herzlichen Dank an Uli Hase und sein Team. Vielen, vielen Dank für die gute Arbeit, die Sie für Schleswig-Holstein leisten und bestimmt auch noch in den nächsten Jahren weiter leisten werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Ich muss jetzt meine Rede ein bisschen ändern, weil der Einstieg in die Debatte von der Kollegin von der CDU, wie ich finde, ein bisschen Misstöne in ein Thema hineingebracht hat, zu dem solche Töne gar nicht gehören. Bei mir ist das Wort „armseelig“ in den Ohren angekommen. Ich kann dies gar nicht fassen. Deswegen muss ich Ihnen Folgendes sagen: Wenn Sie selber ein Mensch mit Behinderung sind - ich habe in diesem Jahr in Bordesholm an einer Rolli-Ralley teilgenommen -, dann nützt Ihnen eine UN-Behindertenkonvention überhaupt

(Dr. Marret Bohn)

nichts. Es nützt Ihnen auch überhaupt nichts, wenn wir ein Landes-Behinderten-Gleichstellungsgesetz haben, und Sie stehen mit Ihrem Rollstuhl an einem Absatz, und es fehlt Ihnen 1 cm zur Inklusion. Nichts nützt Ihnen das, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Deswegen wollen wir gerade mit einem **Aktionsplan** Schritt für Schritt **konkrete Handlungsziele** aufweisen. Das müssen Sie sich so vorstellen. Genau das, was Malu Dreyer schon 2009, als hier Schwarz-Gelb den sozialpolitischen Bereich in Schutt und Asche gelegt hatte - -

(Zurufe CDU: Oh!)

- Frauenhäuser sind geschlossen worden, das Landesblindengeld ist gekürzt worden. Ich habe die Worte Ihres Stars von Bötticher noch im Ohr, wie es bei der Eingliederungshilfe aussehe. Und Sie sprechen hier von „armselig“. Ich bin ein bisschen schockiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wenn Sie sich den Bericht des Landesbeauftragten ansehen, dann sehen Sie ganz vorne in dem Bericht eine Forderung - und das ist nicht das erste Mal -, nämlich nach einem Aktionsplan für die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung. Wir können es doch nicht jedes Jahr vor Weihnachten wieder so machen: Wir hören uns den Bericht an: Vielen Dank, lieber Uli Hase. Alle Fraktionen sind sich einig. Dann geht das in den Sozialausschuss, und dann machen wir weiter so, und der nächste Bericht wird hier vorgelegt: Danke, Uli Hase. Das funktioniert doch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deswegen wollen sich die regierungstragenden Fraktionen heute auf den Weg machen, um das nachzuholen, was andere Bundesländer bereits getan haben. Malu Dreyer, die heutige Ministerpräsidentin und damalige Sozialministerin in **Rheinland-Pfalz**, hatte sich nämlich schon 2009 auf den Weg gemacht. Es gibt bereits einen **Aktionsplan**. Wir müssen das Rad in Schleswig-Holstein ja nicht völlig neu erfinden; aber wir brauchen ganz konkrete Schritte. Jedes Ministerium ist gefordert. Auch der Wirtschaftsminister zum Beispiel wird im Bereich Tourismus für mehr Barrierefreiheit in den nächsten Jahren sorgen. Es ist eine Chance, die wir hier haben. Aber wir müssen sie auch ergreifen. In dem Zusammenhang das Wort „armselig“ zu benutzen, ist - das muss ich sagen - völlig daneben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Politik für Menschen mit Behinderungen ist keine Kleinigkeit. Das ist kein Randthema. Es ist ein wichtiges **Querschnittsthema**. In Schleswig-Holstein leben 520.000 Menschen mit Behinderung. Das sind 18 % der Bevölkerung. Durch den demografischen Wandel werden es immer mehr werden. 320.000 von ihnen sind schwerbehindert. Das, was Menschen mit Behinderung einschränkt, schränkt auch Seniorinnen und Senioren ein. Es schränkt auch Familien mit einem Kinderwagen ein, wenn sie wegen dieses 1 cm hohen Absatzes nicht weiterkommen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir versprechen nicht, dass wir in fünf Jahren die Welt auf den Kopf stellen können und alles gut machen werden. Aber eines verspreche ich Ihnen ganz klar: Rot-Grün-Blau hat sich hier auf den Weg gemacht und wird immer versuchen, das Leben von Menschen mit Behinderung nicht theoretisch mit Gesetzen, sondern konkret in der Kommune, in ihrem Alltag zu verbessern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Einige von Ihnen können sich unter einem **Aktionsplan** nichts vorstellen, wie zum Beispiel der Kollege Koch. Er guckt mich mit großen Augen an und fragt: Was hat Frau Bohn denn heute bloß? Es ist kurz vor Weihnachten, und sie schimpft so mit der CDU. Der Kollege Kubicki guckt mich auch schon mit großen Augen an.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Haben Sie ein Problem?)

Herr Kollege Callsen, für Sie gilt dasselbe. - Ein Aktionsplan ist wie ein Kochbuch: Für alle Lebensbereiche gibt es ein Rezept. Ob es um Arbeit, um Integration oder irgendeinen anderen Bereich geht, für jeden Bereich gibt es ein Rezept, wie wir weiter vorankommen. Das wollen wir in den nächsten Jahren gern auf den Weg bringen.

(Wortmeldung Heike Franzen [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie - -

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Wenn es denn weiterhilft und wenn wir zum Ende der Debatte vielleicht wieder etwas verbindlichere,

**(Dr. Marret Bohn)**

fraktionsübergreifende Töne anschlagen können, liebe Frau Kollegin Franzen, gern.

(Heiterkeit CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Dr. Bohn, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Franzen?

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern.

(Zuruf CDU: Haben Sie nicht gefrühstückt, oder was?)

- Ich habe sehr gut gefrühstückt, danke! - War das schon die Frage?

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön!

**Heike Franzen [CDU]:** Frau Kollegin Bohn, es ist mir neu, dass an Zwischenfragen oder Zwischenbemerkungen irgendwelche Bedingungen geknüpft sind.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das war ein Wunsch, ein freundlich-kollegialer Wunsch. Entschuldigung!

**Heike Franzen [CDU]:** Okay. Wünsche gehen ja manchmal in Erfüllung, manchmal aber auch nicht. - Liebe Kollegin, können Sie mir von den Punkten, die Sie gerade aufgezählt haben, einen nennen, der in Ihrem Antrag vorkommt?

(Beifall CDU)

- Das sagt mir ganz deutlich, liebe Kollegin Franzen, dass Sie gar nicht verstanden haben, was wir auf den Weg bringen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Wir haben nicht gesagt, dass wir einen fertigen Aktionsplan vorlegen, sondern wir bekennen uns dazu, dass wir einen Aktionsplan wollen, der mit Leben gefüllt wird.

(Zurufe CDU)

- Frau Franzen, Sie können sich gern wieder hinsetzen. Ich sage Ihnen ganz klar: Der **Aktionsplan** in **Rheinland-Pfalz** - so, wie ich Sie kenne, haben Sie ihn sich sicherlich angeguckt - ist ein dickes Buch mit 90 Seiten, in dem konkret für jedes Ministeri-

um, für jeden Bereich drinsteht, was gemacht werden soll. Ich bin mir ganz sicher, dass unsere Sozialministerin Kristin Alheit das sehr gut auf den Weg bringen wird. Wir werden einen Aktionsplan haben. Sie sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Sie haben gerade eben die Weiterentwicklung der Förderzentren zu Kompetenzzentren gelobt. Das gilt auch für den Kollegen Kubicki. Das freut mich sehr. Dann sind wir ja wieder beieinander, und Sie haben die Möglichkeit, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Dr. Bohn, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung?

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nein.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Dann gehen wir jetzt in der Rednerliste weiter. Für die FDP-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Dr. Bohn, ich muss an dieser Stelle auf das eingehen, was Sie gerade eben gesagt haben. Ich bedaure zutiefst, dass dieser Klang in diese Debatte hineingekommen ist; denn Sie sollten eigentlich wahrgenommen haben, dass wir, was das Thema Inklusion betrifft, eigentlich immer alle an einem Strang gezogen haben, und zwar im Sinne der Menschen mit Behinderung.

Ich möchte auch ganz deutlich sagen: Der Vorwurf, den Sie der Kollegin Franzen gegenüber gemacht haben, ist völlig ungerechtfertigt; denn Frau Franzen weiß aus ganz persönlicher Erfahrung, was es heißt, mit einem Menschen, der eine Behinderung hat, leben zu müssen und im Alltag zu bestehen.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf SPD)

- Sie können es formulieren, wie Sie wollen. Wenn Ihnen nichts Besseres einfällt, als sich verbal über Formulierungen zu ereifern, dann ist das auch recht schwach.

Meine Damen und Herren, als ersten großen Erfolg möchte ich herausstellen, dass wir es geschafft ha-



(Anita Klahn)

ben, die Beratung dieses Themas auf Freitagmorgen, 10 Uhr, und nicht auf Freitagnachmittag, 16 Uhr, zu terminieren. Ich denke, es ist schon ein dickes Dankeschön an den Ältestenrat wert, dass das geklappt hat.

Da wir bei den Dankesworten sind: Ich möchte mich im Namen der FDP-Fraktion bei **Herrn Dr. Hase** und seinem Team für den vorliegenden Bericht, vor allem aber für die im Berichtszeitraum geleistete Arbeit ganz herzlich bedanken. - Ihr dürft gern klatschen!

(Beifall FDP)

Der Bericht ist wie immer ein beeindruckendes Dokument und unterstreicht die Notwendigkeit der unabhängigen Aufgabenwahrnehmung im Interesse der Menschen mit Behinderung. Das haben Sie, Herr Dr. Hase, und Ihre Mitarbeiter immer wieder unter Beweis gestellt. So sind Ihre Anregungen, aber auch Ihre konstruktiven Kritikpunkte parteiübergreifend aufgenommen worden.

Benachteiligungen in allen Lebensbereichen prägnieren Sie nicht an, sondern Sie hinterfragen. Sie bieten auch pragmatische Lösungen an, und Sie suchen kontinuierlich das persönliche Gespräch mit allen Beteiligten. Hartnäckig fordern Sie die Umsetzung von wohl formulierten politischen Aussagen, gleich, welcher Fraktion. Dafür danke ich Ihnen persönlich.

Ich begrüße an diese Stelle exemplarisch Ihre kritischen Anmerkungen zur Umsetzung des **Inklusionsgedankens an Schulen**. Wir Liberale sehen wie Sie einen dringenden Diskussionsbedarf zur Definition und der daraus abzuleitenden Ausgestaltung - inklusive der Bereitstellung der personellen und sächlichen Ressourcen. Dies ist aber nicht damit gleichzusetzen, dass wir Ihre Forderung, den Ressourcenvorbehalt aus dem Schulgesetz herauszunehmen, mittragen.

An erster Stelle der Handlungsempfehlungen finden wir die Aufforderung des Landesbeauftragten zur Erstellung eines **Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung**. Diese Anregung greift die Küstenkoalition mit dem vorliegenden Antrag auf. Allerdings entspricht dieser Antrag wieder einmal dem typischen Aktionismus der Koalition;

(Unruhe - Glocke Präsident)

denn das, was Sie eben formuliert haben, Frau Kollegin Bohn, Menschen mit Behinderung im öffentlichen Dienst beziehungsweise in den Ministerien

einzustellen, ist eine Aufgabe, die der Dienstherr mit beeinflussen und steuern kann.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Also: Tun Sie es doch einfach. Dafür brauchen Sie keinen Aktionsplan.

Die Landesregierung wird beauftragt, einen Plan zu erstellen. Vorher wird die Kultur des **Dialogs** mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen dargestellt, stereotyp nach dem Motto: Wir reden mit allen; wir lassen niemanden zurück.

Was aber kommt dann? Sind wir in Schleswig-Holstein nicht schon viel weiter? Ich kann ja verstehen, dass Sie noch ein Papier für die Ewigkeit verfassen möchten. Aber ich möchte auch daran erinnern, dass es ein **Gesamtkonzept** der Politik für Menschen mit Behinderung aus dem Jahre 2008 gibt, welches sich natürlich an der UN-Konvention orientiert und verschiedene Leitprojekte beschreibt. Es ist mir ein Rätsel, warum dieses beziehungsweise die geleistete Arbeit im Koalitionsantrag nicht erwähnt wird. Mein Vorschlag ist, auf dieser Basis zu analysieren, zu hinterfragen und zu prüfen, was gemacht wurde und mit welchem Erfolg.

Uns Liberalen ist es wichtig, **konkrete Maßnahmen** weiter **voranzubringen**. Es ist völlig gleich, ob es Gesamtkonzept oder Aktionsplan heißt. Wichtig ist mir, dass wir die bislang gute Arbeit im Bereich der Inklusion und Integration fortführen. Ich sage Ihnen eines: Der Prozess des gesellschaftlichen Wandels ist im Gang. Die Kommunen brauchen aber Hilfe bei der Umsetzung, auch in finanzieller Hinsicht. Da lassen Sie die Kommunen mit der Änderung des FAG doch ziemlich allein.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Wenn die Zielsetzung allen Beteiligten klar ist, wo sind dann Ihre konkreten Maßnahmen, die uns dahin führen? Sie haben uns in der letzten Legislaturperiode doch stereotyp dazu aufgefordert. Sie regieren jetzt seit 18 Monaten. Sie hätten also schon viel Zeit gehabt, ganz konkrete Anträge zu stellen und nicht nur diesen armseligen Antrag - ich benutze dieses Wort wirklich auch gern -,

(Beifall CDU)

in dem einfach nur ein Aktionsplan gefordert wird, ohne **konkrete Anhaltspunkte** zu nennen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie oft kann man sich in einer Rede eigentlich widersprechen?)

(Anita Klahn)

- Darüber können wir uns auch einmal unterhalten. Das hat Ihre Kollegin rhetorisch wunderbar geschafft.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte kommen Sie zum Ende!

**Anita Klahn [FDP]:**

Sie haben nicht registriert, dass wir ambulant vor stationär bei der Eingliederungshilfe umgesetzt haben. Es ist Ihre Regierung, die keine Veränderung vorhat. Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen nachgefragt. Es wurde uns deutlich gesagt, dass alles beim Alten bleibt. Darüber können wir uns gern im Sozialausschuss unterhalten. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Aber wir finden, das ist zu wenig. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem an dieser Stelle schon mehrfach formulierten Dank an Herrn **Dr. Hase** schließe ich mich für meine Fraktion natürlich an. Das ist keine artige Pflichtübung, sondern das machen wir gern.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Ihr Tätigsein beschränkt sich ja nicht nur auf den Bericht, sondern auf das Wirken für die Menschen in diesem Land generell. Und - das muss ich einmal sagen - Sie können auch wohltuend einschüchternd wirken. Dafür danke ich Ihnen auch.

Wie Sie mir und anderen in diesem Hause unnachahmbar klar gemacht haben, reicht es nicht, sich in Sonntagsreden für die Inklusion auszusprechen, sondern Taten müssen her. Wer etwas tun will, der ist gut beraten, es planvoll zu tun.

Sie, Herr Dr. Hase, haben hier vor wenigen Wochen erklärt, welchen Plan Sie haben - Sie nennen es **Aktionsplan** - und was er bewirken soll. Da waren Sie so konkret, wie wir es von Ihnen auch gewohnt sind.

Der **Antrag** der **Koalition** ist demgegenüber unkonkret. Ich muss ganz klar sagen, Frau Kollegin Pauls: Antrags-Telepathie kann nicht Einstellungs voraussetzung für das Abgeordnetendasein sein.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Hätten Sie nur eines der Beispiele, die Sie in Ihrer Rede genannt haben, hineingeschrieben, wäre es viel konkreter und nachvollziehbarer für uns alle geworden. So hat es mich an die Situation erinnert: Sie machen Ihr Auto an, fahren mit einem Navi, das Sie an der Scheibe haben, los. Es ist schön, unterwegs zu sein, nur wohin, wissen wir nicht!

Einig sind wir uns alle darin, dass etwas passieren muss. Tolle Forderungen, die das eigentlich Selbstverständliche formulieren, haben wir genug, nicht zuletzt auch in der EU-Behindertenrechtskonvention. So richtig etwas passiert ist bei uns in Deutschland trotzdem nicht viel.

Die **Teilhabe am Leben**, so wie wir Menschen ohne Einschränkung es gewohnt sind und für selbstverständlich halten, ist Menschen mit Einschränkung auf dem Niveau, das vereinbart ist und das die allen Menschen zustehenden Menschenrechte umfasst, noch nicht möglich. Auch wir in diesem Haus haben uns da nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Zu oft haben wir die Debatte zum erstatteten Bericht vertagt, als dass man uns tatsächlich den ernsthaften Willen, sich zu kümmern, attestieren könnte.

(Beifall PIRATEN)

Lassen Sie uns endlich Nägel mit Köpfen machen und einen Aktionsplan auf den Weg bringen, der neben den Forderungen aus der UN-Konvention die praktischen Anregungen von Herrn Dr. Hase bedient.

Seine Forderung nach einer **barrierefreien Gestaltung** des **öffentlichen Raumes**, die schon bei der Ausschreibung und Auftragsvergabe der öffentlichen Hand beginnt, ist ein gutes Planungsziel.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Im Übrigen ist sie auch Beschlusslage des alten Parlaments, ebenso wie die bessere **Beteiligung der Betroffenen** an und in ihrer Lebenswelt.

Als ich im letzten Herbst die Mürwiker Werkstätten besucht habe, wünschten sich die Menschen dort mehr Beteiligung und rügten, dass sie seit Jahren keine Lohnerhöhung mehr bekommen hätten, weil das Geld stattdessen für neue Plätze in den Mürwiker Werkstätten investiert worden sei. So werden aus den Menschen, um die wir uns kümmern, Objekte, die verwaltet werden. Die Menschen fühlen sich selbst jedoch als Subjekte, die durchaus ihre eigenen Ansprüche haben und formulieren können. Wir müssen ihnen zuhören und sie in die Planungen einbinden.

(Wolfgang Dudda)

Eines ist klar: Wie wollen wir glaubwürdig Inklusion gestalten, wenn die zu Inkludierenden nicht daran beteiligt werden? Es steigert auch nicht gerade die Glaubwürdigkeit, wenn Ergebnisse wie die der Inklusions-Konferenz aus dem September 2009 komplett folgenlos bleiben. Deshalb habe ich mich in dieser Rede weniger dem konkreten Inhalt Ihres Berichtes, Herr Hase, zugewendet. Der beschriebene Status quo ist ohnehin beklagenswert, er ist aber auch das Resultat eines über Jahrzehnte tolerierten Nischendaseins in der Politik.

Wir können das ändern. Es wäre gut, wenn wir damit anfangen, es zu ändern, am besten mit den Beratungen im Ausschuss zu diesem Thema. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich für meine Partei, den SSW, bei Uli Hase und seinem Team bedanken - bedanken für den Bericht und bedanken für die gut ausgeführte Arbeit, auf die man wirklich stolz sein kann.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Schon vor etwas mehr als drei Jahren haben wir hier im Landtag über die **Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung** debattiert. Damals bin ich davon ausgegangen, dass allen die Tragweite dieser Konvention bewusst ist. Doch offensichtlich muss man auch heute noch daran erinnern: Durch die Unterzeichnung des Übereinkommens und die Ratifizierung durch die Organe des Bundes ist die UN-Konvention ein rechtskräftiges Gesetz. Hieraus folgen ganz konkrete Verpflichtungen - und die gelten für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen.

Aus Sicht des SSW hat sich hier bisher eindeutig zu wenig bewegt. Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Landesregierung die Versäumnisse ausbügelt und einen **Aktionsplan** für und vor allem mit den Menschen mit Behinderung erarbeitet und umsetzt.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das **Ziel** des Aktionsplans haben wir in unserem „erbärmlichen“ Antrag eindeutig formuliert: Die Anliegen von Menschen mit Behinderung müssen in allen Bereichen des politischen Handelns als Selbstverständlichkeit begriffen und berücksichtigt werden.

Für den SSW sage ich ganz deutlich: Das muss unser Anspruch sein. Dahinter darf die Landespolitik und darf die kommunale Ebene nicht zurückfallen.

Was einen solchen Aktionsplan im Sinne der UN-Konvention ausmacht, beschreibt der Landesbeauftragte Uli Hase klar und eindeutig: Voraussetzung ist ein **landesweit moderierter Prozess** unter Beteiligung gesellschaftlicher Instanzen sowie der Menschen mit Behinderung selbst.

Dass das Sozialministerium hier bereits in vollem Gang ist, freut uns ausdrücklich. Wir wissen, dass dort alles darangesetzt wird, um die Menschen mit Behinderung umfassend zu beteiligen und tatsächlich mitzunehmen. Dies ist umso wichtiger, weil in den vergangenen Jahren viel Vertrauen verloren gegangen ist und so manche Hoffnung und Erwartung enttäuscht wurde.

Die grundlegende Zielsetzung der Konvention dürfte mittlerweile allen klar sein: Menschen mit Behinderung sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. In unseren Augen ist es unser aller Pflicht, uns für einen angemessenen Lebensstandard und sozialen Schutz von Frauen und Männern mit Behinderung einzusetzen. Wenn wir ehrlich sind, dann ist dieser Lebensstandard und Schutz aber bei Weitem nicht überall im Land in vollem Umfang gewährleistet.

Wir dürfen also keine Zeit verlieren und müssen uns auch als Parteien an die eigene Nase fassen. Damit meine ich, dass wir noch stärker auf unsere Mitglieder und Kommunalpolitiker einwirken müssen. Denn Fakt ist, dass die umfassende Verwirklichung aller bestehenden Menschenrechte für das Leben von Menschen mit Behinderung noch einen großen Einsatz von uns allen erfordert. Ich glaube, das ist noch nicht allen klar.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Zusammenleben in Vielfalt, in dem Menschen mit Behinderung mit ihren Wünschen und Bedürfnissen aktiv und umfassend eingebunden werden, ist für mich und meine Partei ein enorm wichtiges Ziel. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderung ganz selbstverständlich nicht nur die **gleichen Rechte** haben, son-

(Flemming Meyer)

dern auch die **gleiche Wertschätzung** genießen. Und die erreicht man ganz bestimmt nicht durch Verordnungen oder durch eine Behindertenpolitik von oben.

Hierfür brauchen wir eine möglichst **breite gesellschaftliche Debatte**. Wir müssen so viele Bürgerinnen und Bürger wie möglich erreichen und sie dazu bewegen, sich zum Beispiel Gedanken darüber zu machen, was uns Menschen mit Behinderung wert sind. Nur so kommen wir letztendlich zu dem Bewusstseinswandel, der für eine wirklich inklusive Gesellschaft nötig ist - eine Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung nicht assimiliert, sondern in ihrer Vielfältigkeit als Bereicherung gesehen werden.

Ich bin mir sicher: Der Aktionsplan für Menschen mit Behinderung wird uns diesem Ziel ein deutliches Stück näher bringen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. - Zunächst hat der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort für die FDP-Fraktion.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal hat der Kollege Meyer völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die **UN-Behindertenrechtskonvention** nicht „nice to have“ ist, sie ist nicht irgendetwas, sondern sie ist verbindliches Völkerrecht, dem die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist. Deswegen ist sie umzusetzen, und zwar nicht irgendwie und irgendwann, sondern ganz präzise heute und jetzt.

Zweitens. Liebe Kollegin Bohn, wir streiten gar nicht so sehr über die Inhalte der Behindertenpolitik in diesem Land, sondern wir streiten vor allem über das Wie und das, was Sie mit Ihrem Antrag - ich werde jetzt kein Attribut dafür verwenden - heute vorgelegt haben. Es ist nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein Anstoß für eine Diskussion.

Ich bin davon überzeugt, dass die Antragsteller, die heute die Regierung tragen, aus der Opposition heraus einen ganz anderen Antrag gestellt hätten. Sie hätten es sich nämlich nicht nehmen lassen, ganz **konkrete Ziele** zu formulieren, wie ein solcher **Aktionsplan** aussieht. Ein solcher Aktionsplan in Rheinland-Pfalz ist selbstverständlich vom persön-

lichen Schicksal der heutigen Ministerpräsidentin, der ehemaligen Kollegin Malu Dreyer geprägt, und er gibt sehr präzise vor, wie die einzelnen Häuser die UN-Konvention umzusetzen haben. Aber der Aktionsplan beruht auch auf den konkreten Vorstellungen der regierungstragenden Fraktionen, die im Vorhinein ganz klar definiert haben, was sie sich eigentlich unter einem solchen Aktionsplan inhaltlich vorstellen.

Es gibt beispielsweise im Hinblick auf das, was in der 16. Legislaturperiode debattiert und von den Oppositionsfraktionen vorgelegt wurde, einen ganz klaren inhaltlichen Auftrag an den damals erarbeiteten Aktionsplan. Ich weiß noch, Frau Trauernicht, wie sehr wir uns damals im Plenum über die Frage gestritten haben, ob ein Plan das notwendige Instrument ist oder ob möglicherweise der Weg, den Sie eingeschlagen haben, der bessere war.

(Martin Habersaat [SPD]: Stimmt!)

- Aber wir haben es uns nicht nehmen lassen, Herr Habersaat, ganz klar zu formulieren, was wir eigentlich von einem Plan erwarten, nämlich beispielsweise erstens eine Bestandsaufnahme und -analyse.

Dann sollte es zweitens mit der Lebens- und Wohnsituation von Menschen mit Behinderung und ihrer Familien weitergehen.

Folgende Punkte wollten wir darüber hinaus unter die Lupe nehmen - drittens -: die Arbeits- und Beschäftigungssituation. Dieses Thema ist so brandaktuell wie noch nie - insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der Integration von Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt.

Viertens: die besonderen Fördermaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung.

Fünftens: die Integration und Gleichstellung.

Sechstens: die allgemeinen und besonderen Leistungen.

Siebtens: die Verknüpfung und Verbindung mit anderen Plänen des Landes, beispielsweise mit der Landeskrankenhausplanung, der Psychiatrieplanung, des Altenplans und der Pflegeplanung.

Achtens: die Prävention und Früherkennung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den regierungstragenden Fraktionen, vielleicht gelingt es im Ausschuss tatsächlich in einer anderen Atmosphäre, der Regierung nochmals ganz klar zu sagen,

**(Dr. Heiner Garg)**

was wir zumindest in den Grundzügen von einem solchen Aktionsplan erwarten.

Ich plädiere dafür, es nicht nur einer Verwaltung, die ich ausgesprochen schätze und deren Fachkenntnisse ich ausgesprochen schätze, zu überlassen, was in einen solchen Plan hineinkommt und was nicht.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Es ist natürlich oberste Aufgabe eines Parlamentes und der gewählten Abgeordneten, klipp und klar zu sagen: Wie stellen wir uns eigentlich die Zukunft von Menschen mit Behinderung vor? Wie wollen wir zu der Integration kommen, die der Kollege Meyer beschrieben hat? - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Birte Pauls das Wort.

**Birte Pauls [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Garg, es war gut, dass Sie vor mir dran waren, denn dann kann ich sogleich auf Ihre Ausführungen reagieren.

Das genau unterscheidet uns nämlich.

(Tobias Koch [CDU]: Wir haben Inhalte, Sie nicht! - Heiterkeit CDU)

Sie haben eben hier Ihr Verlangen nach klaren Punkten vorgestellt und wollten von der Politik wissen, was wir meinen und was wir für Menschen mit Behinderung machen wollen. Ich lese Ihnen gern noch einmal unseren **Antrag** vor.

(Zurufe CDU)

- Nicht alle scheinen das gelesen zu haben, denn sonst würden solche Worte wie „armselig“ sicherlich nicht fallen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Ziel des Aktionsplanes soll sein, die Anliegen von Menschen mit Behinderung als Selbstverständlichkeit in allen Bereichen des politischen Handelns zu begreifen und zu berücksichtigen.“

Und dann stellen Sie sich hier hin und fordern von uns, dass wir punktuell aufschreiben, was wir meinen, was die Menschen mit Behinderung interessiert, berührt oder womit sie Probleme haben.

(Zuruf CDU: Ja!)

- Das ist nicht unsere Form von Politik. Uns geht es darum, den Menschen die Teilhabe auch in diesem Aktionsplan zu genehmigen - nicht zu genehmigen, sondern wir wünschen sie sogar. Sie sollen an diesem Aktionsplan teilhaben, sie sollen daran beteiligt sein, sie sollen daran mitarbeiten und direkt formulieren, was ihr Anliegen ist. Wir machen das nicht von oben herab. Die Politik von oben herab haben wir oft genug in diesem Land gehabt. Das reicht uns und allen Menschen. - Danke.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die letzten beiden Redebeiträge haben ziemlich deutlich gemacht, was mich an diesem Antrag der Koalitionsfraktionen auch als persönlich betroffene Mutter wirklich geärgert hat. Denn Ihr Antrag wird den Ansprüchen an einen solchen Plan in keiner Weise gerecht.

(Beifall CDU und FDP)

Deswegen ist er nach wie vor substanzlos.

Frau Bohn, Sie haben aufgezählt, welche Barrieren es gibt. Glauben Sie mir: Es bestehen noch viel mehr Barrieren.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Ich zitiere jetzt den ersten Teil des **Antrags**, der die Landesregierung auffordert; dann haben wir den Antrag komplett im Zitat genannt.

„Der Landtag bittet die Landesregierung, einen Aktionsplan für Menschen mit Behinderung zu erarbeiten und so die Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein zu befördern.“

Danach kommt dann das, was Frau Pauls schon vorgetragen hat.

**(Heike Franzen)**

Darin ist nicht eine einzige **konkrete Zielsetzung** enthalten. Frau Pauls, wir fangen doch nicht bei null an.

(Beifall CDU und FDP)

Wir stehen doch nicht vor einer Situation, in der wir nicht wissen, was Menschen mit Behinderung in diesem Land tatsächlich brauchen.

Ich komme auf den **Bericht des Landesbeauftragten** zurück. Ich habe in meiner Rede vorhin sehr viele ganz konkrete Punkte deutlich gemacht, zu denen uns der Landesbeauftragte **Handlungsbedarf** ins Stammbuch schreibt: Frühförderung, barrierefreier Tourismus, die Frage nach leichter Sprache. Diese Frage haben wir dank der Piratenfraktion „auf der Zinne“. Weiterhin geht es um die Beschäftigung am Arbeitsmarkt, die Unterstützung von Arbeitgebern bei der Einstellung von Menschen mit Behinderung - eine ganze Studie hängt daran. Das heißt, da sind ganz konkrete Punkte aufgezählt, wie wir Menschen mit Behinderung helfen sollen.

Ich stelle folgende Frage an die Regierung: Was machen wir denn in der Zeit, in der dieser Plan erarbeitet wird?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nichts!)

Frau Klahn hat deutlich gemacht: Die Haushaltsberatungen zeigen, dass alles beim Alten bleibt, also arbeiten wir nicht weiter. - Die folgenden Fragen würden auch Menschen mit Behinderung ganz berechtigt stellen: Wann soll dieser Aktionsplan tatsächlich kommen? Was wird er für uns bringen? - Im Augenblick, Frau Bohn, sehe ich nicht, dass mit dem Aktionsplan auch nur irgendwo ein einziger Bürgersteig abgesenkt wird.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete Franzen, gestatten Sie dazu eine Zwischenbemerkung der Frau Abgeordnete Dr. Bohn?

**Heike Franzen [CDU]:**

Aber selbstverständlich.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Frau Abgeordnete Franzen, wo ist Ihr Änderungsantrag?

**Heike Franzen [CDU]:**

Frau Kollegin, ich habe Ihnen den konkreten Vorschlag gemacht, im Ausschuss darüber zu beraten. Wir sind nicht gegen die Weiterentwicklung der Politik für Menschen mit Behinderung, ganz im Gegenteil.

(Beifall CDU – Zuruf PIRATEN: Nichts kann man nicht weiterentwickeln! - Heiterkeit CDU, FDP und PIRATEN)

Aber sich hinzustellen und ohne eine Substanz dahinter zu suggerieren, Sie machten einen Aktionsplan, nur weil das im Bericht des Landesbeauftragten steht und gefordert wird - - Frau Bohn, lassen Sie uns gemeinsam darüber im Ausschuss beraten und Substanz in Ihren Antrag bringen. Das biete ich Ihnen an.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine weitere Wortmeldung der Frau Abgeordneten Paul?

**Heike Franzen [CDU]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Birte Pauls [SPD]:** Frau Kollegin Franzen, ich habe zwei Fragen. Können Sie mir erstens erzählen, was alles die Vorgängerregierung in diesem Bereich geleistet hat? Teilen Sie zweitens meine Einschätzung, dass dieses Thema eigentlich gar nicht zum Streiten taugt?

**Heike Franzen [CDU]:**

Wenn ich alles aufzählen wollte, was die Vorgängerregierung in diesem Bereich geleistet hat unter der Leitung von Sozialminister Garg, würde ich locker meine Redezeit überschreiten.

(Heiterkeit FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Frage, ob das zum Streiten taugt, sage ich: Ja. Wir müssen streiten. Wir müssen für die Menschen mit Behinderung in unserem Land streiten. Wir müssen um die besten Konzepte für die Menschen in diesem Land streiten. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Frau Abgeordnete Dr. Bohn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie streiten wollen, stehe ich gern zur Verfügung. Vielleicht ist es ganz gut, wenn wir uns einmal darüber streiten, wie wir vorwärts kommen. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass Sozialpolitik nicht nur mit Herz und Verstand, sondern auch mit Feuer und Flamme gemacht wird, und ich sage Ihnen eines: Wenn wir endlich einen **Aktionsplan** auf den Weg bringen, dann ist das **der erste Schritt**. Sie tun immer so, als hätten wir nicht genug getan, und sagen, wie viele Details nicht enthalten seien. Ich finde, es ist ein Unding, selber nichts auf den Weg zu bringen und dann nur zu kritisieren. Das ist eine Opposition, die ich mir ein bisschen konstruktiver vorstellen könnte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich nicht! - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Oppositionelle Reflexe sind genau das Stichwort. Trotz alledem ist es so, dass ein Aktionsplan nun einmal gewünscht wird.

Ich bin Flemming Meyer sehr dankbar, dass er darauf hingewiesen hat: ein **Aktionsplan für Menschen mit Behinderung** mit Menschen mit Behinderung. Wir alle - ich hoffe jedenfalls, dass das auf alle hier im Raum zutrifft - kennen den guten Anspruch: Nicht ohne uns über uns! - Selbstverständlich müssen wir uns erst einmal auf den Weg machen. Die Details müssen geklärt werden. Ich sage Ihnen: Am Ende wird ein Aktionsplan entstehen. Ob Sie sich daran konstruktiv beteiligen oder nicht, werden wir sehen. Ich bin sehr gespannt, was Sie an konkreten Punkten einbringen werden. Aber am Ende werden wir einen Aktionsplan haben, und dann wird Schleswig-Holstein, genauso wie andere Bundesländer, viel weiter sehen. Darauf freue ich mich jetzt schon.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Aus dem Parlament sehe ich zurzeit keine weiteren Wortmeldungen. Dann hat zunächst für die Landesregierung die Frau Ministerin für Soziales, Gesund-

heit, Familie und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich habe mich sehr gefreut. Endlich einmal ein Punkt gesetzt! Mein Thema kommt freitags um 10 Uhr an die Reihe. Allerdings herrscht nun doch eine andere Stimmung, als ich es mir bei diesem Thema erwartet hätte. Man kann darum streiten, aber wichtig ist, dass wir deutlich machen, dass wir inhaltlich bei der Sache weiterkommen wollen, und dies gemeinsam.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Anita Klahn [FDP])

Das Schöne an meinen Themen ist ja, dass sie uns verbinden.

Ich will nun auch noch einmal einsteigen, obwohl ich die Siebte an dieser Stelle bin. Aber da muss Herr Professor Hase einfach durch. Ich möchte mich im Namen der Landesregierung ganz herzlich bei Ihnen, Herr **Professor Hase**, und dem gesamten Team nicht nur für den vorgelegten Bericht, sondern auch für die verlässliche und engagierte Arbeit, wie ich sie in den letzten eineinhalb Jahren erlebt habe, bedanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

Wir kennen die Bedeutung dieses einen Satzes und wissen, wie wichtig es für die Menschen ist, dass sie einen Landesbeauftragten haben, der - es wurde bereits gesagt - sich nicht scheut, auch einmal deutliche Worte zu sagen, der aber gleichzeitig ein unermüdlicher, verlässlicher und immer konstruktiver Partner ist, wenn es darum geht, Aktivitäten im Bereich der Inklusion in unserem Land anzuschieben. Deswegen auch mein ganz persönlicher **Dank für diese Arbeit**, die in dieser besonderen Kombination äußerst reizvoll ist.

Es ist an dieser Stelle schon gesagt worden: Der Bericht zeigt anhand vieler konkreter Beispiele, wie Inklusion in unserem Land praktiziert wird. Er legt aber eben auch die Finger ganz konkret in Wunden, und zeigt auf, wo wir noch nicht so weit sind. Angesprochen sind vielfältige Themen, die wir auch gesellschaftlich diskutieren. Der Bereich der **Inklusion** in den **Schulen** wird viel diskutiert, der **barrierefreie Tourismus** ist angesprochen worden. Zu nennen ist auch die **Förderung rollstuhlgerechter**

(Ministerin Kristin Alheit)

**Wohnungen**, und das geht bis hin zum Thema **Migration und Behinderung**.

An dieser Stelle will ich konkret etwas zu dem sagen, was mein Haus angeht, nämlich - Frau Klahn hatte dies schon angesprochen - zur **Kommunalisierung** der **Eingliederungshilfe**. Ich finde, die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe war ein wichtiger und richtiger Schritt, damit Menschen mit Behinderung für ihren Unterstützungsbedarf passgenaue Leistungen vor Ort aus einer Hand bekommen. Ich sehe auch, dass sich Kreise und kreisfreie Städte durchaus auf den Weg gemacht haben, die Herausforderungen der Eingliederungshilfe organisatorisch und personell anzunehmen. Richtig ist aber auch: Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Ich will ihn einmal als dynamisch bezeichnen. Der Bericht benennt das sehr zutreffend.

Mir ist es daher wichtig, dass wir als Land künftig nicht nur den Auf- und Ausbau der Teilhabepflicht fördern, sondern gemeinsam mit den Kommunen, mit den Trägern der Sozialhilfe, **Steuerungsverantwortung** übernehmen. Zugleich - das will ich an dieser Stelle auch noch einmal sagen - besteht mit dem neuen **Rahmenvertrag** wieder eine Basis für eine verlässliche Zusammenarbeit der Kommunen, der Verbände und dem Land. Auch wenn immer noch nicht alle Fragen bis aufs Letzte geklärt sind, bin ich mir sicher, dass sich die Partner des Rahmenvertrags sehr engagiert darüber unterhalten werden, wie sie den Landesbeauftragten an dieser Diskussion beteiligen. Ich werde mich jedenfalls dafür einsetzen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir bewegen im Sozialministerium seit Herbst 2012 im **Sozialdialog** das Thema der Inklusion zusammen mit den Spitzen der kommunalen Landesverbände, der Wohlfahrtsverbände und mit Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Hase, und wollen die Perspektiven der **Weiterentwicklung** der **Eingliederungshilfe** diskutieren.

Viele weitere wichtige Aspekte kann ich aus Zeitgründen nicht ansprechen. Aber der Bericht sagt es sehr deutlich: Das Anliegen von Menschen mit Behinderung muss eine Selbstverständlichkeit in allen Bereichen des politischen Handelns werden. Deswegen gehört es auch - das sage ich jetzt an die Kabinettsbank wirklich ganz deutlich - in alle Ressorts der Landesregierung und nicht automatisch nur in das Sozialministerium. Das soll und das wird sich auch in Zukunft deutlicher zeigen.

Ich will mich jetzt der Debatte des **Antrags** nicht völlig anschließen, aber doch noch ganz kurz sagen,

dass ich den Antrag der Koalitionsfraktionen, der genau hierauf abzielt, sehr begrüße. Er bestärkt die Landesregierung genau in dem, was ich eben deutlich gemacht habe: dass dies eine **Querschnittsaufgabe** ist, bei der das Sozialministerium in der Frage der Koordination sehr aktiv sein kann. Es hat durchaus eine Spitze, die sich Gedanken darüber macht, wie ein guter Plan aussehen kann. Ich will auch ganz konkret werden: Wir erarbeiten im Sozialministerium zurzeit eine Vorlage, die wir dem Kabinett im ersten Quartal vorlegen wollen.

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich mache jetzt eine Pause, um die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage zu geben.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin, erlauben Sie, dass Herr Abgeordneter Dr. Garg eine Zwischenfrage stellt oder eine - bemerkung machen kann?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Selbstverständlich. Ich habe ihn ja angesprochen. Dann hat er auch das Recht dazu.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte sehr, Herr Abgeordneter!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Frau Ministerin, ich glaube Ihnen aufs Wort, dass Sie sich sehr über diesen Antrag freuen. Würden Sie mir zustimmen, dass Ihnen dieser Antrag maximale Möglichkeiten eröffnet, diesen Plan auszufüllen und zu gestalten,

(Heiterkeit FDP, CDU und PIRATEN)

im Übrigen selbstverständlich im Dialog mit all jenen, die man für einen solchen Dialog heranzieht? Aber: Sie haben mit diesem Antrag maximale Freiheitsgrade erhalten.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung:**

Herr Garg, Sie können verstehen, dass ich das nicht schlimm finde. Es freut mich, dass mir die Koalitionsfraktionen zutrauen, dass ich dieses maximale Vertrauen in der richtigen Weise ausschöpfen werde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)



**(Ministerin Kristin Alheit)**

Aber ich bin, ehrlich gesagt, ganz zuversichtlich, dass mich auch die Oppositionsfraktionen im Ausschuss so kennengelernt haben, dass sie wissen, dass ich, wenn wir gut miteinander diskutieren, dies ebenfalls in die Planungen mit einbeziehen werde.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Garg, Sie sind doch die Partei der Freiheit!)

- Um das noch zum Ende zu bringen und klar zu sagen: Die inhaltliche Arbeit ist in vollem Gang. Die Landesregierung befindet sich auf einem guten Weg. Ich freue mich auf die weiteren Diskussionen und bin tatsächlich froh, dass wir das heute Morgen an dieser exponierten Stelle einmal so miteinander besprochen haben. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Die Drucksache 18/1308 sowie der Bericht des Landesbeauftragten sollen dem Sozialausschuss überwiesen werden, soweit es den Bericht angeht, zur abschließenden Beratung.

(Zurufe: In alle Ausschüsse!)

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Ich bitte darum, über die beiden Drucksachen, was die Überweisung angeht, getrennt abzustimmen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Es wurde jetzt beantragt, die beiden Drucksachen als für sich selbst stehende Einheiten zu überweisen.

Zunächst komme ich zum Bericht des Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Dieser soll in den Ausschuss überwiesen werden. Ich vermute, hier wird die Übereinstimmung am größten sein.

(Zurufe: An alle Ausschüsse!)

- Der Bericht geht auch nicht, wie zunächst vorgesehen, nur an den Sozialausschuss, sondern soll an alle Ausschüsse überwiesen werden. Federführend wird, wenn es recht ist, der Sozialausschuss sein. Ich hoffe auf eine erhebliche Zustimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag in der Drucksache 18/1308. Hierzu ist beantragt worden, ihn in den Ausschuss zu überweisen. Darüber müssen wir zuerst abstimmen, das ist der weitergehende Antrag. Wer der Überweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und der Abgeordneten der PIRATEN, oder nicht? - Darf ich bitte noch einmal die Hände der PIRATEN sehen! - Gut, das sind alle PIRATEN. Die Gegenprobe! - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Antrag auf Überweisung abgelehnt, und wir müssen in der Sache abstimmen.

Wir kommen jetzt zur Sachabstimmung über denselben Antrag, Drucksache 18/1308. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Zurufe)

Gegenprobe! - Enthaltungen? - Gegen die Stimmen von fünf Abgeordneten der PIRATEN, der Fraktion der FDP bei Enthaltung der CDU-Fraktion und Zustimmung der anderen Fraktionen ist dieser Antrag - -

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, nein!)

- Entschuldigung, dann muss ich die Abstimmung wiederholen. Das war an der Stelle unklar, da gingen nämlich die Hände rauf und runter. Entschuldigung.

Ich wiederhole die Abstimmung. Wer diesem Antrag der regierungstragenden Fraktionen zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Da schauen wir ins Rund und stellen fest: Die FDP-Fraktion, ein PIRAT und die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD sind mit der FDP gemeinsam für diesen Antrag.

Jetzt kommen wir zur Gegenprobe. - Das sind fünf PIRATEN. Enthaltungen? - Die CDU-Fraktion enthält sich. Das ist ein klares Votum für das Protokoll. Herzlichen Dank dafür.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, dem Tagesordnungspunkt 47:

**Verordnung zur Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung - Endlich mehr Sicherheit für Verbraucher**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/807 (neu)

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

**Mehr Klarheit bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln mit tierischen Bestandteilen schaffen!**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/961

Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses

Drucksache 18/1294

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Berichterstatter des Umwelt- und Agrarausschusses, Herrn Abgeordneten Hauke Göttisch, das Wort.

**Hauke Göttisch [CDU]:**

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Vielen Dank für den umfassenden Bericht, Herr Berichterstatter.

Wir kommen dann zur Aussprache. Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt Menschen, die aus religiösen Gründen auf bestimmte tierische Lebensmittel verzichten, und es gibt auch Menschen, die sich aus Mitgefühl mit den Tieren dazu entschließen, vegetarisch oder vegan zu leben. Dann gibt es diejenigen, die sich vegetarisch oder vegan ernähren, weil sie etwas gegen den Hunger in der Welt, gegen den Klimawandel oder gegen die Erosion fruchtbarer Böden tun wollen. Und schließlich gibt es solche Menschen, die sich einfach vor der Vorstellung ekeln, Schweineborsten in ihrem Brot zu haben, und gern wissen wollen, ob sie in ihrem Brot Schweineborsten haben oder nicht.

Ganz gleich aus welchem Grund sich ein Mensch dazu entschließt, auf **tierische Produkte** zu verzichten, als Politiker sehe ich es als meine Pflicht an, es jedem Menschen so einfach wie möglich zu machen zu wissen, wovon er sich ernährt. Deshalb haben meine Fraktion und ich den von Foodwatch ausgearbeiteten Gesetzentwurf hier eingebracht. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, der eine **kl-**

**re Kennzeichnung für Produkte** vorsieht, die tierische Bestandteile enthalten. Konkurrierend dazu haben die Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag vorgelegt, der sich auf den ersten Blick gar nicht so anders liest als das, was wir fordern - allerdings nur auf den ersten Blick. Während wir die Kennzeichnung über den Bundesrat erreichen wollen, ziehen die Koalitionsfraktionen es vor, diese Änderung über die EU zu erwirken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das macht auch Sinn!)

An dieser Stelle möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass Ende 2014 eine neue **Lebensmittelverordnung der EU** in Kraft treten wird, die eine freiwillige Lebensmittelkennzeichnung für tierische Bestandteile vorsieht. Eine freiwillige Kennzeichnung reicht mir aber nicht.

(Beifall PIRATEN)

Ich kann mir kaum vorstellen, dass die EU-Kommission und das EU-Parlament noch einmal zusammentreten werden, um die Verordnung 1169/2011 auf unseren Wunsch hin neu zu verhandeln.

(Beifall PIRATEN)

Wir müssten also, ehe die aktuelle Verordnung in Kraft tritt, bereits einen neuen Anlauf starten. Deshalb glaube ich nicht, dass mit einer Änderung über die EU vor 2020 zu rechnen ist.

Es ist nicht so, dass ich eine **EU-weite Regelung** falsch finde, aber ich möchte endlich zu Potte kommen. Es gibt Menschen, die darauf warten. Außerdem gibt eine EU-Verordnung nur einen **Mindeststandard** vor, den man natürlich unterschreiten darf.

(Beifall PIRATEN)

Wir dürfen aber auch darüber hinausgehen. Und genau das fordern wir mit unserem Antrag.

Wenn wir es wirklich wollen, dann können wir eine verbindliche Kennzeichnung auch jetzt umsetzen. Genau das wollen wir PIRATEN hier und heute auf den Weg gebracht sehen.

(Beifall PIRATEN)

Da Sie genau wissen, wie zahnlos Ihre Forderung nach einer zeitnahen EU-Regelung ist, haben Sie in Ihren Antrag auch noch hineingeschrieben, die Möglichkeit der Verankerung in nationales Recht „prüfen“ zu wollen. Sie wollen das prüfen! Prüfen ist eine ganz starke Formulierung, genauso stark wie freiwillig.

(Uli König)

(Beifall PIRATEN - Angelika Beer [PIRATEN]: Also gar nicht!)

Ich mache das jetzt echt nicht gern, aber ich muss Sie hier schon wieder fragen: Können Sie nicht, oder wollen Sie nicht?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Beides! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, inzwischen habe ich ein bisschen parlamentarische Erfahrung. Ich weiß mittlerweile, was es bedeutet, wenn Sie „prüfen“ schreiben. Prüfen ist eine diplomatische Formulierung für: Wir denken einmal darüber nach, und wir legen das so lange in die Schublade.

(Beifall PIRATEN)

Wenn diese Koalition wirklich ein Interesse daran hätte, wenn die Grünen ihren **Veggie-Day** wirklich ernst nehmen würden, dann würden Sie unseren Gesetzentwurf mit in den Bundesrat nehmen und sagen: Hey, hierüber wollen wir reden, das wollen wir!

(Beifall PIRATEN)

Das werden Sie aber nicht tun, Sie prüfen ja noch. Nach drei Ausschusssitzungen wollen Sie immer noch prüfen. Wissen Sie was: Wenn Sie unbedingt prüfen wollen, dann prüfen Sie doch einmal realistisch Ihre Idee mit der EU, ob das in annehmbarer Zeit durchsetzbar ist. Das glaube ich nämlich nicht.

(Beifall PIRATEN)

Sie schieben das hier so lange auf die lange Bank, bis der Antrag dem Ende der Legislaturperiode anheimfällt. Nein, meine Damen und Herren, Ihr Vorhaben ist schlicht ungenügend. Erzählen Sie uns nicht lange, dass Sie damals erst übermorgen starten konnten, starten Sie endlich jetzt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

**Heiner Rickers [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dornquast, wir brauchen nicht zuzustimmen, und es freut mich, dass wir eine klare Li-

nie dazu haben, auch wenn sie erst in der Erörterung und im Diskussionsprozess zu erarbeiten war.

Herr König, ich gebe Ihnen recht: Auch wir wollen natürlich keine Schweineborsten im Brot - wenn ich das richtig verstanden habe.

(Beifall PIRATEN - Uli König [PIRATEN]: Da sind wir uns ja einig!)

Das ist in Ordnung. Wir wissen auch, dass Ende 2014 - das haben wir im Umwelt- und Agrarausschuss zur Kenntnis genommen - diese **neue Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung** in Kraft treten soll. Insofern drängt die Zeit, wenn Sie bereit sind, etwas zu ändern. Wir haben uns im Ausschuss auch darüber verständigt, dass wir uns noch Sachverstand dazuholen sollten und dann eine Art Kurzanforderung zu diesem Thema durchgeführt. Dadurch haben wir auch Erkenntnisse hinzugewonnen.

Wir werden vor diesem Hintergrund beide Anträge ablehnen. Ich möchte Ihnen auch erklären, warum. Es ist schon ein Problem, wenn zum Beispiel **Klärstoffe**, Speisegelatine tierischen Ursprungs, in Lebensmitteln verwendet werden, aber nicht als Zutat langfristig in diesem Lebensmittel verbleiben, sondern zum Teil nur in der Verarbeitungskette zum sogenannten Aufklären, als Klärstoffe, verwendet werden und später wieder abgetrennt und dann nicht als Zutat ausgewiesen werden müssen. Das ist ein Problem, weil Veganer und Vegetarier natürlich erwarten, dass in dem ganzen **Prozess der Verarbeitung** nie irgendetwas tierischen Ursprungs verwendet wurde oder auch nur kurzfristig in diesem Lebensmittel enthalten war. Insofern besteht zu Recht ein **Informationsbedürfnis**. Das gibt es.

Sie kennen die sogenannte **V-Kennzeichnung**: vegetarisch. Das ist alles freiwillig vom Lebensmittel Einzelhandel eingeführt worden und bisher ein sehr guter Weg gewesen. Mir ist auch klar, dass die Menschen, die sich vegan oder vegetarisch ernähren wollen, damit ein Problem haben, weil sie relativ viel Arbeit aufwenden müssen, um dieses V-Label tatsächlich auch zu finden. Oder sie finden Lebensmittel, die dieses V-Label nicht tragen, und sind dann verunsichert sind.

Wenn dann dieser tierische Zusatzstoff keine Zutat ist, muss er nicht ausgewiesen werden. Insofern haben die Menschen dort Probleme.

Wir haben aber - das ist der Grund, aus dem wir Ihren Antrag und den der regierungstragenden Fraktionen ablehnen werden - in der Anhörung die Erkenntnis gewonnen, dass es noch nicht sicher ist, ob auch **kleine Lebensmittelhersteller** Anforderun-

(Heiner Rickers)

gen sowohl an die Technik als auch nachher beim Nachweis, ob irgendetwas tierischen Ursprungs in diesem Lebensmittel enthalten ist, abarbeiten können. Diese kleinen Erzeuger werden wesentlich mehr Probleme bekommen als die großen Lebensmittelhersteller, die es leicht umsetzen können. Die brauchen nur anders zu etikettieren und haben in ihrer **Listung der Zutaten** auch relativ schnell die Möglichkeit, das einzuarbeiten. Die würden wieder die Geschäfte machen. Insofern haben wir Bedenken. Wir wissen auch, dass das bis 2014 nicht umgesetzt werden kann. Sie sagen, man müsse langfristig arbeiten, und Sie strebten 2020 an.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

- Das ist vielleicht eher realistisch. Wir lehnen die Anträge ab, weil auch wir wissen, dass 2014 nicht erreichbar sein wird. Die kleinen Lebensmittelerzeuger werden es nicht umsetzen können, die werden wieder einmal die Leidtragenden sein.

(Wortmeldung Uli König [PIRATEN])

- Ich danke für die Aufmerksamkeit, es sei denn, Sie haben noch eine Frage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, wenn Sie noch Interesse daran haben, diese Frage zu hören, dann hat der Abgeordnete Uli König das Wort.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Ich habe immer Interesse, die Frage zu hören. Ich muss sehen, ob ich sie beantworten kann.

**Uli König [PIRATEN]:** Herr Kollege, mich würde interessieren, wie Sie sich das vorstellen. Sind Sie der Meinung, dass kleine Hersteller genauso viel komplizierte Chemikalien in ihre Produkte reinbringen wie die Großindustriellen, die sich diese leisten können? Nach meiner Wahrnehmung ist es immer so, dass, je kleiner ein Betrieb ist, er dann umso bodenständiger und naturnäher produziert.

(Zurufe)

- Ich will nicht allzu weit ausholen, aber was mich schon erstaunt hat, war die Aussage der Vertreterin der **Verbraucherzentrale** aus Schleswig-Holstein auf meine Nachfrage hin, dass es natürlich schwierig sein wird, den Nachweis zu führen, dass wirklich in dem ganzen **Verarbeitungsprozess** - auch die kaufen Zutaten dazu - wirklich keine Zutat oder auch nur ein Stoff zum Beispiel zur Aufhellung ir-

gendwann in der Verarbeitung dieses Lebensmittels, wenn es als Endprodukt verkauft wird, berührt hat oder noch in ihm enthalten ist. Das wird ein Problem werden. Die müssen zu 100 % sicher sein. Ich glaube schon, dass ein großes, gut organisiertes Unternehmen das leichter leisten kann. Das war auch Aussage der Verbraucherzentrale. Insofern gibt es Restbedenken - das ist nicht die inbrünstige Überzeugung -, und aus dem Grunde können wir dem nicht zustimmen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie noch eine weitere Zwischenbemerkung?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Ja, gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ja bitte, Herr Abgeordneter.

**Uli König [PIRATEN]:** Sind Sie denn der Meinung, dass es komplizierter ist, so etwas zu kennzeichnen, als zum Beispiel auf ein Produkt zu schreiben „Kann Spuren von Nüssen enthalten“, wenn irgendwann einmal in der Produktionskette mit einer Maschine vielleicht Nüsse verarbeitet wurden?

**Heiner Rickers [CDU]:**

Nein, ich bin nicht der Meinung, dass das **Etikettieren** das Problem ist, ich bin der Meinung, dass der **Nachweis** das Problem sein wird. Wenn Sie wirklich ein „V“ auf die Verpackung drucken, muss sicher sein, dass es „V“ bedeutet. Es darf nicht bedeuten, es könnte „V“ sein, sondern es muss sicher sein, das ist „V“ - fertig. Das macht es schwieriger für kleinere Unternehmen, so die Aussage der Verbraucherzentrale. Die beherzigen wir. Insofern wird es schwierig bleiben. Das heißt nicht, dass wir komplett anderer Meinung wären. - Herzlichen Dank. Ich bin durch.

(Heiterkeit und Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

**Regina Poersch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Egal ob sich Menschen vegetarisch oder vegan er-

(Regina Poersch)

nähren oder ob sich Menschen einfach nur informieren möchten - sie alle brauchen **Zutatenlisten**, aus denen hervorgeht, ob tierische Bestandteile oder Produkte in ihren Lebensmitteln enthalten sind.

Ob ein Lebensmittel vegan, also ohne jegliche tierische Bestandteile, oder vegetarisch ist, also keine Bestandteile von geschlachteten Tieren enthält, kann nicht das einzige Kriterium sein. **Herkunft und Haltungsformen** der Tiere sind ebenfalls relevant. Lebensmittelkennzeichnung ist ein wichtiges Thema, das zu Recht intensiv und auch unter verschiedenen Aspekten diskutiert und beleuchtet wird. Zum Beispiel hat die Debatte über den **Veggie-Day** auch dazu geführt, dass zum einen wieder über Essen gesprochen wurde, uns aber auch ins Bewusstsein gerufen wurde, dass es noch gar nicht so lange her ist, dass für einen großen Teil der schleswig-holsteinischen Bevölkerung fast jeder Wochentag ein Veggie-Day und Fleisch dem Sonntag vorbehalten war. Eben dieser inzwischen **hohe Fleischkonsum** gehört zu den Begleiterscheinungen des zunehmenden gesellschaftlichen Wohlstands der letzten Jahrzehnte. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Thema emotional stark besetzt ist.

Fleisch gehört für viele Menschen einfach dazu. Seit Jahrzehnten gilt das auch bei uns in Deutschland für alle Bevölkerungsschichten. Gerade weil das so ist, gerade weil wir dieses Privileg mit **Massentierhaltung**, mit ökologischen und **gesundheitlichen Risiken** erkaufen, brauchen wir sehr transparente Kennzeichnungen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine kritische Frage an uns alle, an uns selbst richten, wie viel wir in Sachen **Ernährung** ganz selbstverständlich hinnehmen und unhinterfragt akzeptieren. Ich will gar nicht auf die hunderte Millionen hungernder Menschen in der Welt zu sprechen kommen, obwohl das natürlich auch in diesem Zusammenhang ein wichtiges Thema ist. Mir ist aufgefallen, wie normal wir es heutzutage finden, dass eine Zutatenliste auf einem Lebensmittel so lang ist, dass sie kaum auf die Verpackung passt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Muss das tatsächlich so sein? Muss man immer Dinge essen, denen man nicht ansieht, was sie enthalten?

Die Beschäftigung mit Verbraucherschutzthemen sensibilisiert für viele Aspekte des täglichen Lebens. Tatsächlich gibt es ja unendlich viele Informationen zum Thema Ernährung. Ich plädiere an

dieser Stelle für Verantwortung statt Informationsflut.

Gute Gesetze, engmaschige Kontrollen und hohe **Transparenz** sind dringend notwendig. Es genügt aber nicht, auf verbraucherpolitische Herausforderungen lediglich mit noch mehr Informationen und einem Verweis auf mangelhafte Verbraucherbildung zu reagieren; denn nicht nur **Verbrauchergruppen** mit frei gewählten Ernährungsgewohnheiten, also eben Veganerinnen und Veganer, erwarten staatliche Leitplanken für einen sicheren Konsum. Wir brauchen auch bessere **Strukturen auf Bundesebene**. Politik für Verbraucherinnen und Verbraucher sollte gebündelt werden und klare Verantwortlichkeiten aufweisen.

Das **Idealbild des mündigen Bürgers** oder der mündigen Bürgerin hält aus meiner Sicht einem Realitätscheck nicht stand. Wir dürfen nicht zulassen, dass öffentliche Stellen sich aus ihrer **Fürsorgepflicht** zurückziehen. Ja, wir brauchen eine gute Lebensmittelkennzeichnung. Dafür steht unser Antrag. Und nein, damit ist es nicht getan. Dafür stehen wir mit unserer Verbraucherpolitik.

Als Europapolitikerin weiß ich, wie viel dazugehört, eine einfache Sache flächendeckend transparent zu gestalten. Verbraucherinnen und Verbraucher wollen und sollen in ganz Europa sicher sein, dass im Lebensmittel das drin ist, was draufsteht. Produkte machen nicht an Grenzen halt.

Wir haben im Ausschuss beschlossen, sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene aktiv zu werden, damit es für die Verbraucherinnen und Verbraucher überall in Europa einfacher wird. An dieser Stelle fand ich Ihren Beitrag, Herr Kollege König, reichlich neben der Spur.

Im Übrigen hilft eine klare europäische Haltung auch in der Debatte um das **Freihandelsabkommen** zwischen der EU und den USA. Wir dürfen keine Aufweichung der europäischen Standards in Sachen gentechnisch veränderter Lebensmittel, Klonfleisch und Verbraucherschutz zulassen.

(Beifall SPD, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Abschließend wollte ich Ihnen eigentlich empfehlen, einfach in einen Apfel zu beißen, wenn Sie doch einmal unsicher sind, welches Lebensmittel geeignet ist. Doch Achtung: Meine Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber weist zu Recht darauf hin, dass selbst hier der Wurm drin sein könnte, ohne dass es draufsteht. - Vielen Dank.

(Regina Poersch)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Bernd Voß das Wort.

Bevor er das Wort erhält - er hat noch ein Stück zu gehen - begrüßen Sie bitte mit mir eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Regionalen Bildungszentrums der Eckener Schule in Flensburg. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer Lebensmittel einkauft, möchte wissen, was in den Produkten enthalten ist. Wir setzen uns daher für eine klare, für Verbraucherinnen und Verbraucher leicht **verständliche Kennzeichnung der Lebensmittel** ein. Da gibt es natürlich noch einiges zu verbessern. Ich denke, das ist völlig unstrittig. Besonders wenn wir an die Lebensmittel tierischer Herkunft denken, dann stellen wir fest, dass da eine Menge Lücken vorhanden sind. Es gibt bisher weder eine **verpflichtende Kennzeichnungsregel** für die Kennzeichnung von Produkten tierischen Ursprungs, von Zutaten, Zusatzstoffen, Aromen oder Bestandteilen von Aromen oder technischen Hilfsstoffen im Lebensmittel, noch gibt es eine **rechtlich verbindliche Definition** der Begriffe vegetarisch oder vegan. Von daher weisen die PIRATEN zu Recht auf ein Problem hin.

Es gibt zwar ein europaweit verwendetes Label - das ist das grüne „V“ auf gelbem Grund. Es steht für Erzeugnisse, deren Herstellung ohne Rohstoffe aus Tierkörpern erfolgt. Dieses Label wird in Deutschland - das wissen Sie - vom Vegetarierbund vergeben. Das hat aber überhaupt **keine gesetzliche Grundlage**. Es ist eine **Eigeninitiative** der Lebensmittelindustrie, und es finden auch keine staatlichen Kontrollen statt. Da stehen wir.

Wenn Produkte als vegan ausgelobt werden, sollte man sich darauf verlassen können, dass keine Schweineborsten oder andere Tierbestandteile darin enthalten sind. Das Gleiche gilt für die Angaben der Tierart. Seit dem Pferdefleischskandal sind wir auch da ziemlich sensibel geworden. Die Situation ist für Verbraucherinnen und Verbraucher einfach unbefriedigend.

Warum stimmen wir dem Antrag der PIRATEN dennoch nicht zu?

(Uli König [PIRATEN]: Ja, genau!)

Wir unterstützen die Zielsetzung, halten das vorgeschlagene Mittel allerdings nicht für zielführend. Wir sind darin durch die Diskussion im Ausschuss und die dort vorgetragene **Stellungnahme der Verbraucherzentrale** bestärkt worden. Der Antrag der PIRATEN fordert eine Gesetzesänderung zur Änderung der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung des Bundes. Da setzt die CDU-Argumentation an, die in diesem Punkt richtig ist. Hier ist ein Gesetzesantrag von der Organisation **Foodwatch** abgeschrieben worden. Wir können dem nicht zustimmen.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Grüner Eier-tanz!)

Erstens halten wir den Gesetzentwurf so für nicht umsetzbar, weil er Details enthält, die nicht berücksichtigen, was analytisch oder praktisch in der Durchführung bei der Lebensmittelkontrolle überhaupt machbar ist. Wer Dinge vorschreibt, muss auch in der Lage sein, deren **Einhaltung zu kontrollieren** und die Erzeugung in den verschiedenen Verarbeitungsprozessen möglich machen. Es ist darauf hingewiesen worden, dass wir auf **handwerkliche Lebensmittelverarbeitung** Rücksicht nehmen müssen.

Zweitens - das ist der entscheidende Punkt - halten wir eine **EU-weite Regelung** für erforderlich. Verarbeitete Lebensmittel werden EU-weit gehandelt und enthalten oft Bestandteile aus mehreren Staaten. Das hat man vielleicht schon einmal beobachtet. Eine rein nationale Regelung macht wenig Sinn und ist auf jeden Fall die zweitbeste Lösung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Angelika Beer [PIRATEN]: Aber besser als keine Lösung!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten König?

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Aber selbstverständlich.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Herr Abgeordneter!

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

**Uli König** [PIRATEN]: Was denken Sie, wie lange es dauern wird, das auf EU-Ebene umzusetzen?

**Bernd Voß** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das werden wir sehen. Das kann ganz schnell gehen, wenn der Druck der Zivilgesellschaft groß ist. Vielleicht werden wir dazu eine **europäische Bürgerinitiative haben**. Sie können sich ja auf den Weg machen. Wir haben eine Neuwahl des Parlaments. Ich glaube, vorher wird das nicht stattfinden. Wenn das in den Köpfen der Menschen ist, wird es sehr schnell losgehen können.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine zweite Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

**Bernd Voß** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

**Uli König** [PIRATEN]: Denken Sie, dass das vor dem Ende dieser Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags passieren wird?

- Nach bisheriger Schätzung geht diese Legislaturperiode bis Mitte 2017. Ich denke, da sind wir auf einem guten Weg. Das liegt aber an allen und nicht nur an unserem Parlament.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Wenn das nur eine Schätzung ist, ist das okay! - Unruhe)

Wir haben in unserem Änderungsantrag das Anliegen der PIRATEN aufgegriffen und im Grunde inhaltlich voll übernommen. Außerdem haben wir einen zusätzlichen Punkt aufgenommen, der in dem PIRATEN-Antrag nicht enthalten ist, und zwar die **verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung** für die tierischen Produkte, damit bekannt ist, was in einem Schwein enthalten ist, aus welchem Land es kommt, ob es kastriert, glücklich oder unglücklich war, wie es aufgezogen, gemästet und geschlachtet wurde, in welcher Haltungsform es aufwuchs.

Wir fordern mit unserem Änderungsantrag die Landesregierung auf, sich im Bund und parallel auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass es eine **EU-weite Regelung** dazu gibt. Uns ist klar, dass das nicht von heute auf morgen gehen wird. Darüber haben wir uns eben schon intensiv ausgetauscht. Wir wissen, dass in Europa im kommenden Jahr Wahlen statt-

finden. Das kann ja auch ein spannendes Thema im Wahlkampf werden.

Deshalb sind wir bei der Diskussion im Ausschuss auf den Vorschlag der PIRATEN eingegangen und haben ausdrücklich die parallele Umsetzungsmöglichkeit aufgenommen. Wenn Sie in der anhängenden Begründung irgendetwas finden, von dem Sie meinen, dass es sein könnte, dass es vielleicht erst auf EU-Ebene und nicht sofort parallel im Bund geprüft wird - Herrgott noch einmal, es hat sich vielleicht schon herumgesprochen: Die Begründung wird hier nicht mit beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort:

**Oliver Kumbartzky** [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich zu Beginn meiner Rede die Katze aus dem Sack lassen

(Beate Raudies [SPD]: Nicht schon wieder!)

und Ihnen sagen, dass wir dem Antrag der Koalition zustimmen werden.

(Beifall FDP)

- Ich hatte gehofft, dass Sie klatschen.

(Beifall SPD)

- Danke. Fakt ist - das ist schon gesagt worden -, dass es nach den derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen nicht eindeutig zu erkennen ist, ob ein **Produkt tierische Bestandteile** enthält oder mit tierischen Bestandteilen in Kontakt gekommen ist. Auch das **System mit den E-Nummern** hat sich nicht bewährt. Deswegen muss da wirklich nachgebessert werden.

Wie Sie wissen, setzt die FDP auf effizienten **Verbraucherschutz**. Unser liberales Leitbild ist vom eigenverantwortlichen Verbraucher, vom mündigen Verbraucher geprägt, aber dieser Verbraucher muss natürlich auch ermutigt werden, seine Entscheidungen eigenverantwortlich zu treffen. Deswegen muss dafür gesorgt werden, dass der Verbraucher **Transparenz** erfährt, dass er klare Informationen über das Produkt findet, das er kaufen möchte.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(**Oliver Kumbartzky**)

Ich möchte kurz auf die PIRATEN eingehen. Ihr Antrag ist von **Foodwatch** übernommen worden. Ich finde es gut, dass Sie ihn gekennzeichnet haben. Ich weiß, dass Ihre Parteifreunde in NRW das nicht gemacht haben. Deswegen sind Sie denen auch einen Schritt voraus. Das ist lobenswert.

Allerdings muss das ganze Problem mit der Kennzeichnung europäisch angegangen werden, weil in Zeiten von internationalen Warenströmen die Waren nicht an den Grenzen haltmachen und Zutaten aus dem europäischen Ausland kommen. Deswegen muss da ein einheitliches europäisches Siegel gefunden werden. Es kann doch nicht sein, dass die Franzosen ein anderes Siegel einführen als die Deutschen und der Verbraucher nicht weiß, was gemeint ist. Deswegen sind wir für eine einheitliche Lösung.

Wenn Sie ins europäische Ausland in den Urlaub fahren, wollen doch auch Sie als PIRATEN transparent informiert werden. Sie legen doch Ihren Wunsch nach Transparenz nicht an der Grenze ab. Deswegen sollte es wirklich eine einheitliche europäische Lösung geben.

Ich schließe mich zum weiteren Verfahren den Worten des Kollegen Voß gern an und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. - Mahlzeit!

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

(Unruhe)

**Flemming Meyer [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Die Zahl der in Deutschland lebenden Vegetarier und Veganer lässt sich nicht eindeutig verifizieren. Die **Nationale Verzehrstudie II** von 2008 geht davon aus, dass in Deutschland rund 1,3 Millionen Vegetarier und 80.000 Veganer leben. Die Schätzung des Vegetarierbundes Deutschland geht derzeit von rund 7 Millionen Vegetariern und circa 700.000 Veganern in Deutschland aus - mit steigender Tendenz.

Diese Menschen entscheiden sich aus unterschiedlichsten Gründen für eine vegetarische oder vegane Lebensweise. Die Motive sind unterschiedlich, beispielsweise ein wachsendes Bewusstsein für **Tierrechte und Tierethik**, eine **gesündere Ernährung**

oder das Wissen um die Zusammenhänge von Tierproduktion und **Klimawandel, Umweltschutz und Welternährung**.

Wer sich in Deutschland bewusst für eine vegetarische oder vegane Lebensweise entscheidet oder aus religiösen Gründen Schweinefleisch meidet, der stößt häufig auf das Problem, sich erst durch die Deklaration auf der Verpackung durchkämpfen zu müssen, um sich dann für oder gegen das Produkt zu entscheiden. Der Verbraucher hätte also eine Wahlfreiheit. In vielen Fällen jedoch reicht die Deklaration nicht aus. Nach Einschätzung der Verbraucherzentrale geht aus den **Zutatenlisten** nicht deutlich hervor, ob in einem Lebensmittel **tierische Bestandteile** vorhanden sind, weil sie lebensmittelrechtlich nicht als Zutat gelten. Dies ist eine Irreführung der Verbraucher. Aus diesem Grund wäre eine deutliche Kennzeichnung vegetarischer oder veganer Lebensmittel hilfreich.

Nun ist es jedoch so, dass die Begriffe vegetarisch oder vegan rechtlich nicht geschützt sind. Deshalb kommt es immer wieder zu Missständen. Hier besteht Klärungsbedarf. Wir brauchen eine klare **Deklaration** für Verbraucher. Es muss deutlich sein, ob ein Produkt tierische Bestandteile enthält und gegebenenfalls von welcher Tierart und ob ein Produkt zusätzlich Bestandteile tierischen Ursprungs aufweist. Hierfür brauchen wir ein Label, das dies beinhaltet, wenn man so will, eine Handreichung für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Vegetarier oder Veganer sind längst keine kleine Randgruppe mehr. Hier hat sich ein Markt entwickelt, der wirtschaftlich nicht zu vernachlässigen ist. Wenn der Wunsch nach vegetarischen oder veganen Lebensmitteln früher bei manchen Lebensmittelproduzenten noch für Unverständnis gesorgt hat und mit Desinteresse gestraft wurde, hat es sich heute teilweise ins Gegenteil verkehrt. Das heißt, es gibt Lebensmittelhersteller, die diesen Trend durchaus erkannt haben und nun entsprechend damit werben.

Ein großer **Lebensmittelhersteller** für Tiefkühlkost bringt jährlich eine Produktabelle heraus, die genau aufschlüsselt, ob das Produkt für eine vegane Ernährung, eine lacto-vegetarische Ernährung oder eine ovo-lacto-vegetarische Ernährung geeignet ist oder ob das Produkt Gelatine enthält. Dieser Hersteller deklariert die Waren entsprechend. Doch wie soll der Verbraucher wissen, welcher Lebensmittelproduzent sauber arbeitet? - Der Verbraucher braucht also eine klar ersichtliche Handreichung, woraus schnell und übersichtlich hervorgeht, um was für ein Produkt es sich handelt. Nur ein ent-



(Flemming Meyer)

sprechendes Label, das bundesweit und EU-weit anerkannt ist, würde hier wirklich weiterhelfen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, wir kommen zu den Dreiminutenbeiträgen. Herr Dr. Kai Dolgner von der SPD-Fraktion hat das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Vegetarier** zu sein, hat nichts mit Lustlosigkeit zu tun. Ich höre schon seit längerer Zeit die Frage: „Was, du trinkst Alkohol? Du bist doch Vegetarier.“ In den 30 Jahren, in denen ich Vegetarier bin, habe ich einiges erlebt. Ich finde es spannend, dass damit oft der Gandhi-Typus verbunden wird. Dies gehört vielleicht zu den abbaubaren Vorurteilen. Normalerweise kommen nur drei bis vier Sorten Fleisch auf den Teller. Dagegen gibt es mehrere hundert Sorten Gemüse. Das ist also keine Frage der Vielfalt.

Ich kann Herrn König von den PIRATEN ein Stück weit verstehen. Ich kann verstehen, dass Sie an dieser Stelle misstrauisch sind. Als ich den Satz hörte, ging es mir genauso. Man muss darüber nachdenken. Ich glaube, es gibt ein Missverständnis bei der Kommunikation. Der Ausdruck „zu prüfen“ kann sowohl „ob“ als auch „wie“ bedeuten. Das ist der entscheidende Punkt. Sie interpretieren die Bedeutung dieses Ausdrucks mit „ob“. Ich interpretiere die Bedeutung mit „wie“. Das gebe ich zu Protokoll. Das betrifft auch meine Zustimmung.

Ich finde, dass der Weg über das EU-Recht gehen soll. Das ist sinnvoll, denn wir haben europaweite Lebensmittelströme. Das hat die Lasagne-Geschichte gezeigt. Wenn man sich angesehen hat, woraus sich die Lasagne zusammengesetzt hat, dann wird deutlich, dass man in dieser Frage nicht primär eine nationale Lösung anstreben sollte. Vielmehr sollte man primär eine **europaweite Lösung** anstreben. Sie sind ansonsten doch ganz tapfer dabei, Maximalforderungen zu stellen. Ich weiß nicht, warum Sie jetzt kleinlaut die nationale Lösung wählen und sagen, die internationale Lösung vorzuziehen, sei schlecht.

(Zurufe PIRATEN)

Ich teile den Aufruf, dem Antrag zuzustimmen, und zwar unter der Maßgabe, dass wir alle uns einig

darin sind, dass der Ausdruck „zu prüfen“ nicht die Frage „ob“, sondern die Frage „wie“ bedeutet.

Ich lese den Antrag so, wie es auch unwidersprochen ist. Ich habe die Autoren des Antrags noch einmal befragt. Es ist nicht so, dass wir nichts tun, wenn dieses Anliegen 2014 scheitert. Wir tun etwas, und zwar versuchen wir im Fall eines Scheiterns auf nationaler Ebene, die kleinere Lösung zu erreichen. Es ist in der Politik allerdings durchaus sinnvoll, nicht die kleine Lösung, sondern erst einmal die große Lösung anzustreben. Ich glaube, das ist dem europäischen Gedanken förderlich.

Verbrauchern hilft die kleine Lösung nicht, denn wir haben diverse importierte Güter im Regal. Ich weiß, wovon ich spreche: Früher wurde gar nichts gekennzeichnet. Es ist mir gerade wieder in einem Lokal passiert: Als ich fragte, ob der Nachtisch vegetarisch sei, was bei Panna Cotta eine interessante Frage ist, erhielt ich die Antwort: Ja, da ist keine Rindergelatine drin. Es war aber Schweinegelatine enthalten. Das war in einem Vier-Sterne-Superior-Hotel.

(Zuruf: Sie sind Sozialdemokrat!)

- Das Hotel kennt ihr, da tagt meistens die Landtagsfraktion. Das sage ich, bevor ihr euch darüber lustig macht, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe auf eine möglichst breite Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall SPD und Oliver Kumbartzky [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Robert Habeck, das Wort.

**Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für diese Debatte! Ich finde sie ausgesprochen wichtig und freue mich darüber, dass dieses Thema auf Initiative der PIRATEN hin auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es wurde schon über viele Wochen und Monate im Ausschuss debattiert. In der Tat ist wohl den wenigsten klar, wie viele tierische Bestandteile in Dingen des täglichen Konsums sind, bei denen wir dies gar nicht vermuten würden. Es ist nicht nur so, dass wir Schwein essen, wenn wir Steak bestellen, sondern das ist auch so, wenn wir Chips oder Gummibären

**(Minister Dr. Robert Habeck)**

verzehren. Häufig enthalten diese Produkte tierische Bestandteile.

Sie haben dieses Thema nicht nur unter ethischen, religiösen oder ökologischen Gesichtspunkten in die Landtagsdebatte gezogen, sondern auch unter Bewusstseins- und Modegesichtspunkten. Wenn Sie einmal das Stichwort Attila Hildmann googeln, dann werden Sie sehen, dass das Kochbuch des Jahres ein veganes Kochbuch ist. Alle Starköche, die Schweine in die Pfanne hauen, liegen abgeschlagen zurück. Das heißt, es gibt eine Bewegung hin zu vegetarischen und veganen Ernährungsweisen. Deshalb ist das, was gefordert wird, nämlich Klarheit bei der **Kennzeichnung** und ein Nachweis der **Produktherkunft** ohne Frage angesagt und notwendig und muss politisch auch durchgesetzt werden.

Liebe PIRATEN, allerdings macht das, was Sie fordern, meiner Ansicht nach schon rein technisch gesehen keinen Sinn. Sie wollen die Lebensmittelkontrollverordnung ändern. Diese läuft Ende des nächsten Jahres aus. Eine Änderung würde - wenn sie politisch tragen würde - tatsächlich nur wenige Wochen oder Monate Bestand haben. Dann gilt die europäische Informationsverordnung, über die schon gesprochen wurde. Nach dem Beschluss 2011 wird sie Ende des nächsten Jahres in nationales Recht eingeführt werden. Daher ist die Frage, was dort am Ende drinsteht und was umgesetzt wird, genau die richtige Frage, nämlich die europäische Frage. Die europäische Frage ist die richtige Frage. Wahrscheinlich teilen wir alle jedoch Ihre Skepsis und die Befürchtung, dass dieses Thema auf die lange Bank geschoben wird.

(Beifall PIRATEN)

- Warten Sie den zweiten Teil des Satzes ab. Deshalb hat der Bundesrat bereits am 20. September die Bundesregierung aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für eine zeitnahe Einsetzung dieser Informationsverordnung mit der Kennzeichnungspflicht für vegetarische und vegane Lebensmittel einzusetzen. Dies sage ich im Sinne von Kai Dolgner und mit Blick auf die Frage des Auf-Zeit-Spielens. Es heißt darüber hinaus, die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten für eine nationale Regelung bestehen.

Die Frage „welche“ bedeutet nun weder die Frage „ob“ noch „wie“, aber am ehesten umfasst sie die Frage „wie“. Das heißt, der Ball für eine nationale Gesetzgebung liegt im Moment im Feld der Bundesregierung. Für den Fall, dass die Europäische Kommission nicht den Informationsverordnungen

entsprechend handeln wird, müsste tatsächlich über eine nationale Möglichkeit nachgedacht werden.

Ich bin nicht sicher, dass die Prüfung der Frage nach dem „wie“ zwingend zu einem positiven Ergebnis kommen wird, weil die Hürden durchaus hoch sind. Wir befinden uns in einem europäischen Binnenmarkt. Dort besteht die Regel, dass der europäische Warenverkehr diskriminierungsfrei und ohne Verbote organisiert werden muss. Aus meiner Sicht ist es kein Widerspruch, wenn man vorschreibt, dass nachgewiesen werden muss, welche Bestandteile Produkte haben und welcher Herkunft diese sind. Ob aber alle diese Auffassung teilen, wird abzuwarten sein. Sinnvoll ist es allemal, in einem gemeinsamen Binnenmarkt auch gemeinsame Regelungen zu schaffen. Das sollte angestrebt werden.

Die Frage einer nationalen Behandlung dieser Frage ist bereits in Form eines erteilten Prüfauftrags erfüllt. Damit hat die Landesregierung dem Geist des Antrags, den wir jetzt verabschieden werden, im Grunde schon entsprochen. Im Übrigen hat sie auch dem entsprochen, was die **Verbraucherzentralen** an den Ausschuss geschrieben haben. Die Verbraucherzentralen sprechen sich nämlich eindringlich für eine **europäische Lösung** aus und verweisen auf die einzuführende europäische Kontrollinformationsverordnung.

Wenn man die Verbände nimmt, dann steht Foodwatch gegen die Verbraucherzentralen. Ich glaube, es gibt Gründe, den weisen Ratschlägen der Verbraucherzentralen an dieser Stelle zu folgen. Der Antrag der regierungstragenden Fraktionen und die von der FDP angekündigte Unterstützung spiegeln dies aus meiner Sicht am besten wider. Ansonsten bin ich bei dem Kollegen Bernd Voß: Wenn die Europawahl zu einer Abstimmung in der Frage wird, welche Lebensmittel wir verzehren und wie wir wissen können, welche Lebensmittel wir verzehren, dann wird das eine spannende Wahl. Hoffen wir, dass im Sinne dieses Antrags ordentlich Druck in den Kessel kommt. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/807 (neu) abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN mit den Stimmen aller anderen Abgeordneten angenommen. Damit ist der Antrag selbst abgelehnt. - Vielen Dank.

Ich lasse jetzt über für selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/961 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Piratenfraktion mit den Stimmen aller anderen Abgeordneten so beschlossen worden. - Vielen Dank.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 56:

**EU-Strukturfonds**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/1217

Ich erteile zunächst das Wort der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Bemerkung vorweg. Ich werde in meinem mündlichen Bericht zu den **EU-Strukturfonds** nur teilweise auf den Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht Bezug nehmen. Sie kennen das: Schriftliche Berichte an den Landtag haben einen längeren Vorlauf und können daher die aktuellsten Entwicklungen nicht mehr berücksichtigen. Daher beginne ich mit zwei neuen Nachrichten:

Erste Nachricht. Im Europäischen Parlament wurden in dieser Woche endlich die letzten Hürden für den Rechtsrahmen für den Start der Strukturfonds ab 2014 genommen.

Sie erinnern sich: Zwar war bereits im Sommer ein Kompromiss zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten zum mehrjährigen Finanzrahmen gefunden worden. Danach sieht der MFR für die nächsten sieben Jahre insgesamt Zahlungsermächtigungen in Höhe von knapp 960 Milli-

arden € vor. Er fällt damit etwa 3,5 % geringer aus als der Haushalt 2007 bis 2013.

Das Europäische Parlament hatte jedoch erst schwierige Verhandlungen über zukünftige Investitionsprogramme beenden wollen, bevor es dem Gesamtbudget zustimmen konnte. Dies ist nun endlich geschehen.

Im Anschluss an die Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens und des Haushalts 2014 im Parlament wurden endlich etliche Verordnungen verabschiedet, etwa zur Gemeinsamen Agrarpolitik, zur Kohäsions- und Regionalpolitik, aber auch für neue Forschungs- und Investitionsprogramme. Damit haben wir endlich Planungssicherheit.

Zweite Nachricht. Zu Beginn der Verhandlungen hatte ich mit flächendeckenden massiven Einbußen bei allen Fördertöpfen gerechnet. Doch der von uns allen erwartete Einbruch bei den Fördermitteln wird so nicht kommen; das wissen wir jetzt.

Beim **ESF** haben wir mit 75 Millionen € statt aktuell 100 Millionen € gerechnet. Erhalten werden wir knapp 80 Millionen €. Beim **EFRE** haben wir statt der aktuellen 374 Millionen € in den letzten Monaten mit rund 250 Millionen € Fördermitteln gerechnet. Es werden aber mehr werden, voraussichtlich etwa 270 Millionen €.

Beim **ELER** werden wir einen Zuwachs von 302 Millionen € auf 419 Millionen € bekommen. Und die Ansätze bei **INTERREG** werden bei **INTERREG B** wohl gehalten und bei **INTERREG A** von 33,4 Millionen € auf 44,8 Millionen € steigen.

In der Summe bewegen wir uns dann bei einem Fördervolumen von, vorsichtig gerechnet, etwa 810 Millionen € für die Jahre 2014 bis 2020.

Die Fördermittel - das muss ich hinzufügen - für **INTERREG B** und **C** werden nicht den einzelnen Bundesländern zugewiesen. Das, was wir letztlich bekommen werden, wird von erfolgreichen Projekten abhängen. Diese können also jetzt noch nicht ohne Weiteres mitgezählt werden.

Noch nicht entschieden ist, wie viel Mittel aus dem EMFF, also dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds, nach Schleswig-Holstein fließen werden. Hier laufen die Verhandlungen noch. Ich weiß, dass das MELUR mit rund 16 Millionen € rechnet. Aber, wie gesagt, wir wissen es noch nicht genau.

Meine Damen und Herren, nun liegt es nahe, einfach alle Zahlen zu addieren und sie mit den Zahlen der laufenden Förderperiode zu vergleichen. Auch das funktioniert leider nicht. Das funktioniert ers-

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

tens deshalb nicht, weil die Verhandlungen über die Mittelverteilung zwischen den Bundesländern noch nicht abgeschlossen sind, und es funktioniert zweitens nicht, weil wir trotz einer Gesamtzahl, die am Ende des Tages gar nicht so schlecht aussieht, nicht vergessen dürfen, dass bei den konkreten Förderungen die Verluste, zum Beispiel beim EFRE und beim ESF, natürlich nicht von anderen Fonds aufgefangen werden können. Weniger Geld bei der **Arbeitsmarktförderung** im ESF kann nicht so einfach vom ELER aufgefangen werden. Trotzdem wird uns dies mit guter Politik gelingen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben bereits vor über einem Jahr mit der Vorbereitung des Einsatzes der europäischen Strukturfonds im Land begonnen. So haben wir im Dezember 2012 die strategischen Ziele der Landesregierung beschlossen, die eine Leitlinie für die Programmierung der einzelnen Fonds waren. Der weitere Programmierungsprozess war anspruchsvoll, nicht nur deshalb, weil die vorgegebenen Verfahren hochkompliziert sind, sondern auch deshalb, weil wir nach der Regierungsneubildung an wichtigen Stellen einen neuen Kurs bestimmt haben, zum Beispiel in Bezug auf die **Energiewende**. Es galt also, die Vorgaben der Kommission einzuhalten und gleichzeitig die Programme nach den eigenen politischen Schwerpunkten der Landesregierung auszurichten.

Genau das ist ein Novum. Mit dieser Neusteuerung hängt auch der politische Wunsch der Landesregierung zusammen, die EU-Fonds zukünftig ziel- und zukunftsgerichtet einzusetzen. Dazu hat die Landesregierung das folgende Verfahren verabredet:

Wir haben für die Zeit nach 2014 bei großen Projektentscheidungen bereits einen Kabinettsvorbehalt beschlossen. Damit gewährleisten wir die politische Steuerung für die großen Maßnahmen im Sinne unserer strategischen Ziele. Wir werden die laufenden Koordinierungen zwischen allen Ressorts ab 2014 weiterhin durch eine eigene **interministerielle Arbeitsgruppe** sicherstellen.

Zur Erinnerung: Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein war kein Programm, sondern im Wesentlichen ein Label für das Internet und für Briefköpfe. Das wollen wir ändern. Denn eine neue Politik braucht nicht nur hehre und allgemeine Ziele, sondern auch Instrumente und Verfahren, um eben diese Ziele auch durchzusetzen.

Unser zukünftiges Dach wird schlank und pragmatisch viele Schwerpunkte zusammenbinden und ein

Controlling installieren, damit sichtbar wird, wie sich die Mittelvergabe an den politischen Schwerpunkten ausgerichtet hat, und - auch das ist mir wichtig - um sicherzustellen, dass wir in diesem Prozess auch die Landesentwicklungsstrategie 2030 im Blick behalten.

Die Entwürfe der Operationellen Programme zu EFRE und ESF, die wir erst in dieser Woche im Kabinett verabschiedet haben, werden diesen Zielen Rechnung tragen. Gleiches gilt für die Eckpunkte der weiteren Programmierung des ELER, der erst im Laufe des Jahres 2014 vorliegen wird.

Mit diesen Kabinettsbeschlüssen haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass zentrale politische Reformvorhaben der Landesregierung auch umgesetzt werden können. Dazu möchte ich nur einige wenige Beispiele nennen:

Wir werden das Wegbrechen der **Breitband- und Tourismusförderung** verhindern. Zu Beginn der Diskussion mit der Kommission war überhaupt zweifelhaft, ob die Landesregierung in diesen Bereichen noch einen spürbaren Spielraum besitzt. Wir werden dafür etwa 25 Millionen € vorsehen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber auch dies darf man nicht vergessen: Neben EFRE stehen auch zukünftig Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Breitbandbereich zur Verfügung.

Mit dem Ziel, rund 40 % der Fördermittel für Maßnahmen der Energiewende vorzusehen, schlagen wir einen neuen politischen Kurs ein.

(Beifall SSW)

Wir nutzen zum Beispiel das neue Instrument der „Integrierten Territorialen Investition“, um die „Tourismus- und Energiekompetenzregion **Westküste**“ aufzubauen. Damit setzen wir nicht nur einen eigenen regionalen Schwerpunkt, sondern machen auch deutlich, dass wir es ernst meinen mit unserer Initiative für die Westküste.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch ein Beispiel: Wir werden eine eigene Gender-Prüfstelle für Förderanträge einrichten. Damit setzen wir ein weiteres wichtiges Zeichen für die Politik dieser Koalition. Gender-Gerechtigkeit ist eine Querschnittsforderung der EU-Kommission. Aber wir werden dafür sorgen, dass diese Forderung, wie

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

ich es vorhin bereits sagte, auch wirklich umgesetzt wird.

Ein besonderer Grund zur Freude ist für mich die kommende INTERREG-Förderung, weil wir dort zielgerichtet die Entwicklung der deutsch-dänischen Regionen voranbringen können. Das gilt auch für die **Zusammenarbeit** an der **Ostsee**. Wir konnten das INTERREG-B-Ostseeprogramm als eines der beiden größten Programme im deutschen Vergleich erfolgreich gegen große Widerstände der am neuen Donaunraum beteiligten Bundesländer verteidigen.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Hier wollen wir - wie Sie wissen - neue Schwerpunkte setzen. Kultur wird dazugehören. Damit werden wir auch zeigen: Europapolitik ist mehr als Wirtschaftspolitik.

Meine Damen und Herren, wir werden in Zukunft nicht mehr alles fördern können, was wir wollen. Aber wir werden unser Land weiter nach vorne bringen. Wir haben eine Idee für Schleswig-Holstein. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, die Regierung hat die verabredete Redezeit um 5 Minuten überzogen. Das steht jetzt allen Fraktionen zu. - Zunächst hat für die SPD-Fraktion die Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

**Regina Poersch [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das waren arbeitsreiche Monate für die Landesregierung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. - Herzlichen Dank, Frau Ministerin Spoorendonk, für Ihren heutigen Bericht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bitte richten Sie unseren Dank all jenen in den Ministerien aus, die in den zurückliegenden Monaten mit viel Fleiß und Engagement aus EU-Mitteln Schleswig-Holsteins Zukunft gestrickt haben und daran auch noch weiter arbeiten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa 2020, das ist Schleswig-Holstein 2020. Europas 2020-Strategie ist auch unsere. Daher werden sich die Opera-

tionellen Programme nicht nur deshalb daran orientieren, weil es Vorgabe der Europäischen Kommission ist, sondern vor allem auch deshalb, weil diese Ziele für die Entwicklung unseres Landes wichtig und richtig sind. Das heißt, wir werden mit den **europäischen Fördermitteln** Menschen in **Arbeit** bringen. Die EU peilt das Ziel von 75 % der 20- bis 64-Jährigen an. Deshalb werden wir einen Schwerpunkt bei der Fachkräftesicherung setzen. Gemeint sind die Fachkräfteinitiative ebenso wie FRAU & BERUF, die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung und die Existenzgründungen. Damit tragen wir auch dem EU-Ziel Rechnung, die Zahl der arbeitsgefährdeten Personen europaweit um 20 Millionen zu senken.

Stichwort: Existenzgründungen. Wer wie ich gestern bei den Nordzentren war, konnte sich über deren Angebot freuen, bei der Innovationsstrategie des Landes mitzuwirken.

Der Anteil der Schulabbrecher soll auf unter 10 % sinken. Wir legen den Schwerpunkt auf den Übergang von der **Schule** in die Arbeitswelt und die erfolgreiche Arbeit der Produktionsschulen.

Europas Klimaschutzziele sind ambitioniert. Wir wollen die europäischen Mittel einsetzen, um die **Energiewende** in unserem Land entscheidend und zielgerichtet voranzubringen. Wachstum hat Priorität, und zwar intelligent, nachhaltig und integrativ. Das ist die Wachstumsstrategie für unser Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jede energetische Sanierung, zum Beispiel von Krankenhäusern, führt zu Aufträgen für das Handwerk. Besser geht es doch wohl nicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Europäische Parlament hat am Dienstag dem im Trilog ausgehandelten Kompromiss zum mehrjährigen Finanzrahmen zugestimmt; die Frau Ministerin hat es angesprochen. Damit wird es in der Zeit von 2014 bis 2020 insgesamt 960 Milliarden € geben. Das ist deutlich weniger als in der jetzt auslaufenden Förderperiode. Ich will nicht verhehlen, dass der doch eher zweifelhafte Ruhm dafür nicht zuletzt auch der noch amtierenden Bundesregierung gebührt.

Dass wir in Schleswig-Holstein noch ganz gut davonkommen, haben wir unserer Landesregierung, namentlich Wirtschaftsminister Meyer, Landwirtschaftsminister Dr. Habeck und auch unserer Europaministerin Frau Spoorendonk zu verdanken. Gut gemacht!

**(Regina Poersch)**

Dennoch müssen wir die Mittel klug bündeln. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik die Mittel nicht in Potenzialanalysen für Autohäuser zu verkleckern, sondern passgenau für die Entwicklung unseres Landes einzusetzen, das ist moderne, das ist rot-grün-blaue **Förderpolitik**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn selbst der CDU-Landesvorsitzende und Europaabgeordnete Reimer Böge im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Europäischen Parlament beklagt, die Projektförderung in den letzten Jahren sei doch wenig nachhaltig, dann ist es höchste Zeit, das in der nächsten Förderperiode besser zu machen.

Neue Wege gehen wir an der **Westküste**. Die Westküsteninitiative wird mit rund 30 Millionen € unterfüttert. Diese integrierte territoriale Investition ermöglicht es gleichzeitig, die für unser Land so wichtigen weiteren Teilziele **Kultur** und **Tourismus** in allen Teilen des Landes mit EU-Mitteln zu fördern. Das ist neu und pfiffig und wird das ganze Land stärken.

(Beifall SPD und SSW)

Die Entwicklung unserer ländlichen Räume ist ohne **Internetzugang**, ohne Breitbandversorgung nicht vorstellbar. 20 Millionen € sehen wir dafür vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind für die kommenden sieben Jahre gut aufgestellt. Lassen Sie uns gemeinsam die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 zu Schleswig-Holsteins Erfolgsgeschichte machen. Das ist jetzt nicht mehr bloß Europapolitik. Von jetzt an, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir es mit Landespolitik zu tun. Lassen Sie uns die detaillierte Ausgestaltung der Programme und den schriftlichen Bericht der Landesregierung, der - wir hatten Sie gewarnt - nur einen Zwischenstand von vor zweieinhalb Wochen darstellen kann, in den Ausschüssen diskutieren und begleiten. Unser Vorschlag ist, das federführend im Finanzausschuss und mitberatend in allen Ausschüssen zu machen. Europa 2020, das ist Schleswig-Holstein 2020: modern, innovativ und eben sehr europäisch. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die **EU-Strukturfonds** waren in der Vergangenheit und sind auch in der neuen Förderperiode selbstverständlich wichtige Säulen der Strukturförderung in unserem Land. Mehr als eine Dreiviertel Milliarde € wird mit den verschiedenen EU-Fonds in der neuen Förderperiode nach Schleswig-Holstein fließen. Neue Maßnahmen und Projekte können umgesetzt werden und zusätzliche Investitionen auslösen. All dies ist ein guter Grund, einen Bericht der Landesregierung für die zukünftige Ausgestaltung der EU-Strukturfonds zu fordern. Wir wollten ihn auch schriftlich haben, damit wir uns intensiver mit ihm auseinandersetzen können. Zuvorderst danke ich natürlich allen Mitarbeitern, die an diesem Bericht mitgewirkt haben.

(Beifall CDU und Dr. Gitta Trauernicht [SPD])

Das EU-Parlament hat am Dienstag dieser Woche - die Frau Ministerin sagte es bereits - dem mehrjährigen Finanzrahmen zugestimmt. Die erforderlichen Verordnungen sind im Wesentlichen bekannt. Der Rahmen steht, und vieles kommt für die Akteure nun auch nicht wirklich völlig überraschend.

Der vorliegende Bericht zu den EU-Strukturfonds beschreibt die Rahmgebung, die Entwicklung und insbesondere auch die Zielsetzungen der Landesregierung in der allgemeinen Darstellung recht ausführlich. Die EU hat eine neue Prioritätensetzung vorgenommen, um insbesondere Schwachstellen vergangener Strukturprogramme zu beseitigen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen und verehrte Mitglieder der Landesregierung, das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, in Schleswig-Holstein eine Strukturdebatte zu führen, um sich auf neue Rahmenbedingungen einzustellen,

(Beifall CDU)

und zwar eine breite Strukturdebatte, an der alle teilnehmen können. Was aber macht die Landesregierung? Es gibt keine breite Diskussion. Es gibt nur zögerliche Informationen, die wir jedes Mal explizit abfragen müssen. Das Ganze ist eine Closed-shop-Veranstaltung.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Sie haben eben ausgeführt, dass Sie seit über einem Jahr an diesen Programmen arbeiten. Wir haben es aber nur genau einmal geschafft, im Ausschuss hierzu Informationen zu bekommen. Auch das war nicht ganz einfach. Schließlich entstehen diese ver-

(Astrid Damerow)

traglichen Vereinbarungen und die Operationellen Programme nicht einfach von heute auf morgen.

Auch die Diskrepanz zwischen dem mündlichen und dem schriftlichen Bericht - das will ich an der Stelle einmal sagen - finde ich schon ein bisschen eigenartig. Was Sie hier heute vorgestellt haben, ist mit Sicherheit nicht in den letzten zweieinhalb Wochen entstanden, sondern war durchaus schon vorher bekannt. Aber sei es drum; wir haben es ja jetzt erfahren, so wie wir auch alle anderen Dinge eher zufällig aus dem Land erfahren.

Wir erfahren über Betroffene, dass die Beteiligung der Regionen durch die **Regionalbeiräte** quasi abgeschafft wird, dass die zukünftige Planung **zentral** gelenkt wird oder dass die **Weiterbildungsverbände** trotz einer vorhandenen Prioritätenachse dazu im ESF mit ihrem Ende konfrontiert werden und es überhaupt keine konkrete Vorstellung darüber gibt, wie es hier weitergehen soll. Schwammig und an den entscheidenden Stellen unkonkret kommt der Bericht daher und wirft mehr Fragen auf als er beantwortet.

(Beifall CDU)

Auf das **Know-how** der **regionalen Ebene** wird komplett verzichtet. Es ist immer noch völlig unklar, wie die Regionen eingebunden werden, ob es nur einen Vertreter geben soll, der die Kommunen und Regionen in einem großen Monitoring-Ausschuss vertreten soll. Wie sollen denn alle Regionen mitwirken können? Wie werden Wirtschaft und Wissenschaft eingebunden? Wie wird eine breite Beteiligung sichergestellt? Sind die geplanten Änderungen im Landesentwicklungsplan eingespeist? Wie spiegelt sich das in den operationellen Programmen wider?

Heute hören wir - Minister Meyer hat es gestern schon angekündigt -, dass es für die **Westküste** ein **30-Millionen-€-Programm** geben soll.

(Zuruf)

- Ich weiß. Nun muss ich sagen: Als Westküsten-Abgeordnete habe ich nichts gegen 30 Millionen €, aber es wundert mich schon.

(Beifall Johannes Callsen [CDU] - Zuruf)

- Ich habe ja nichts dagegen. Seit heute hat das Kind auch einen Namen. Aber mehr wissen wir dazu nicht. Wir wissen weder, wie es zu dieser Summe kommt, noch wissen wir, was genau gefördert wird.

(Johannes Callsen [CDU]: Das weiß die Landesregierung auch nicht!)

Das Ganze heißt **Tourismus- und Energie-Kompetenz-Region**. Und dann? Ist der Westküstenbeirat, auf dessen Ergebnisse oder zumindest auf einen Zwischenstand wir seit Monaten warten, irgendwie eingebunden? Keiner weiß es. Auch hier nur Nebelkerzen und schwammige Ankündigungen.

(Beifall CDU und FDP)

Im Übrigen hat der Kollege aus der SPD ja eben gefragt, was mit den anderen Regionen im Land ist, ob sie auch solche Programme bekommen.

Sie sagen auch nichts dazu, welche Programme konkret auslaufen, welche gegebenenfalls fortgeführt werden. Das sind Fragen über Fragen. Aber Ihr Bericht gibt keinerlei Antworten. Wir erwarten, dass wir zukünftig besser informiert werden.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Heute hören wir, dass Sie im Kabinett die **Operationellen Programme** für **EFRE und ESF** verabschiedet haben. Schön, wann werden wir denn darüber informiert? Wo waren Ihre Abwägungsprozesse? Gab es Diskussionen über Alternativen? - Mit uns zumindest nicht, ich glaube, mit den anderen Fraktionen ebenfalls nicht.

Wir stellen einmal mehr fest, dass für Sie **Dialog, Beteiligung und Transparenz** immer nur da durchgeführt wird, wo es gerade passt.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Besonders tragisch ist: Wir reden hier von einer dreiviertel Milliarde Euro - eigentlich noch mehr. Das ist für unser Land kein Pappenstiel. Hieraus machen Sie eine geschlossene geheime Kommandosache. Ich finde, das ist ein Skandal.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Sie haben nun noch die Möglichkeit, uns im Europausschuss, der nächste Woche folgt, weiter zu informieren. Wir werden die Informationen einfordern. Hier ist bestimmt das letzte Wort noch nicht gesprochen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Kollege Bernd Voß.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal vorweg den Dank an

(Bernd Voß)

Anke Spoorendonk, den Dank an die Landesregierung für den Bericht und für die Arbeit,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

damit das, was jetzt an Geld da ist, auch kommen kann. Gleich vorweg ein Dank an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die die komplexen Operationellen Programme bisher geschrieben haben und die sie dann auch EU-sicher in den nächsten sieben Jahren umsetzen werden.

Die alte Förderperiode nähert sich demnächst dem Ende. Daher sind wir zunächst einmal froh, dass in den letzten Tagen und Wochen grundlegende Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden konnten, damit die neuen Programme zügig auf den Weg gebracht werden können. Die **neue Förderperiode** ist auch mit einer **geänderten Schwerpunktsetzung** verbunden. Dass damit zu rechnen war, zeichnete sich bereits im Oktober 2008 ab. Da hat die EU-Kommission nämlich das Grünbuch zur territorialen Kohäsion vorgelegt.

Frau Damerow, wenn ich Ihr Gejammer hier höre, dass man angeblich so schlecht informiert war: Wir hatten ständig im Ausschuss das Thema, wir haben ständig im Ausschuss darüber debattiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir haben uns schon damals 2009 in der Opposition frühzeitig in die Diskussion mit Berichtsanträgen eingebracht, die dann 2010 hier im Plenum diskutiert wurden. Die Informationen sind nicht neu - egal, welche Regierung hier regiert hat.

Vor gut zwei Jahren, im Oktober 2011, hat die Kommission ihre Legislaturvorschläge zur Neuordnung der Strukturfonds vorgelegt. Wieder haben wir mit unseren Landtagsanträgen zu „Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten“ dafür gesorgt, dass dieses Thema hier auch intensiv diskutiert wurde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kam der Regierungswechsel. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass das Parlament stärker an diesem Prozess beteiligt wird. Ich denke, das ist geschehen. Normalerweise ist das nur Verwaltungshandeln der Landesregierungen.

Konkret haben wir vereinbart - ich denke manchmal, die EU hat es aus unserem Koalitionsvertrag abgeschrieben -: Wir werden uns in die Verhandlungen um die Neuordnung der EU-Strukturförderung ab 2014 unter **Beteiligung des Parlaments,**

der **Sozialpartner** und, der **zivilgesellschaftlichen Akteure** einbringen.

Wir werden die Zeit bis 2014 nutzen, um uns strategisch auf die Umstellung im Land vorzubereiten. Dabei setzen wir die Schwerpunkte auf Bildung und Forschung, Armutsbekämpfung, Energie- und Ressourceneffizienz, Klima und Umweltschutz, Beschäftigung sowie kleinere und mittlere Unternehmen.

Die EU-Vorgaben fordern von uns eine **stärkere Schwerpunktsetzung** und Fokussierung auf die Zielsetzungen der **EU-2020-Strategie**. Jetzt gibt es einige im Land, die beklagen, dass es insbesondere bei der Wirtschaftsförderung nicht alles einfach so weitergeht wie bisher. Ich betone: Ich halte eine Schwerpunktsetzung für richtig, notwendig und unverzichtbar. Auch für EU-Gelder gilt das Prinzip: Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mitnahmeeffekte sollte es nicht geben. Wenn ich einmal die Dimension anführen darf: 800 Millionen € sind schon mehrfach angeführt worden. Da kann man sagen: Okay, da kommt in sieben Jahren nicht einmal das Geld, das wir an Zinsen in Schleswig-Holstein in einem Jahr bezahlen. Aber es ist zugleich das Geld, mit dem wir überhaupt in Schleswig-Holstein noch gestalten können.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Breyer?

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Aber natürlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Dr. Breyer, bitte schön!

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Lieber Kollege Bernd Voß, Sie haben die hohen Worte betreffend Beteiligung des Parlaments im Koalitionsvertrag angesprochen. Können Sie bestätigen, dass sich diese **Parlamentsbeteiligung** bisher darauf beschränkt hat, das Parlament einige Monate danach über schon gefällte Entscheidungen zu benachrichtigen?



**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das Parlament wurde laufend im Ausschuss informiert. Wir haben dieses Thema ständig im Ausschuss.

Zum Verfahren: Bis zum Jahresende müssen **Operationelle Programme**, so weit möglich - bei ESF und EFRE ist es nicht möglich -, dem Bund gemeldet werden, damit anschließend der Partnerschaftsvertrag der Bundesrepublik mit der EU geschlossen werden kann, damit es vorgeht, damit wir nicht ewig auf die Umsetzung und die Fördermittel warten müssen. Das ist der frühestmögliche Zeitpunkt, um in einem komplexen Bild zu den operationellen Programmen, zu den Sachständen, das Parlament zu informieren. Man muss wirklich sagen: Es ist kein Tag versäumt worden, um zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu informieren.

Jeder hat sich im Ausschuss einbringen können und hat verfolgen können, wie das läuft. Man kann auch nicht sagen: „ITI höre ich heute zum ersten Mal“. So einfach geht es nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Mindestens 40 % der Projektmittel werden eine wichtige Funktion für den **Klimaschutz** und die **Energiewende** haben. Das macht unter anderem auch deutlich, wo die Schwerpunkte dieser Landesregierung liegen.

Ich denke, es ist der Landesregierung gelungen, unsere Schwerpunkte, die wir im Koalitionsvertrag festgelegt haben, die sich auch aus der Bewertung der alten Förderperiode ergeben, gut in die neue Programmstruktur einzubringen, um unser Land zukunftsfähig zu machen.

Getrübt ist die Freude natürlich dadurch, dass - es kommen nach wie vor täglich neue Zahlen - in einigen Bereichen der Strukturförderfonds weniger Mittel da sind. Dies hat jedoch nicht die Landesregierung zu verantworten. Besonders für den **EFRE** und **ESF** müssen wir feststellen, dass sie Federn lassen mussten. Das war absehbar, seit es im Februar beziehungsweise im Juni 2013 die politische Einigung auf EU-Ebene zur **mittelfristigen Finanzplanung** gegeben hat. Insgesamt wurden Mittel für die Strukturfonds dabei gegenüber dem Haushaltsentwurf der EU-Kommission gekürzt. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union wurden Haushaltsmittel insgesamt reduziert.

Nicht zuletzt, weil sich die Regierung Merkel stark dafür eingesetzt hat, sind sogar noch mehr Mittel in die neuen Länder geflossen, was aufgrund der Ko-

härenzkriterien überhaupt nicht mehr gerechtfertigt ist. Aber das heißt für uns auch, dass wir uns im Wettbewerb mit den neuen Ländern noch mehr anstrengen müssen, mit den Subventionen, die in den neuen Ländern möglich sind, mitzuhalten beziehungsweise etwas entgegenzuhalten. Wir Grünen haben auf EU- und Bundesebene immer wieder diesen Weg der Bundesregierung stark kritisiert.

Zwischenzeitlich mussten wir sogar befürchten, dass der Rückgang der Mittel noch stärker ausfallen würde. Die Landesregierung, die Ministerin und die übrigen Minister haben gut verhandelt. Wir haben im Bereich des **ELER** noch etwas abfangen können. Insbesondere für die **ländliche Entwicklung** steht noch mehr Geld zur Verfügung. Daher werden auch Breitband, touristische Infrastruktur und andere wirtschaftliche Bereiche im ländlichen Raum vom ländlichen Entwicklungsfonds gefördert werden.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass ein Teil dieser Mittel, die jetzt dadurch dazugekommen sind, dass 4,5 % von der ersten Säule in den ländlichen Entwicklungsfonds umgelagert werden - Ursache sind die Beschlüsse zur EU-Agrarreform -, zweckgebunden für eine stärkere Ausrichtung der Landwirtschaft an umweltschonender und tiergerechter Erzeugung gebunden sind. Ich nenne folgende Programme im Agrar- und Umweltbereich: Ökolandbau, Tierwohl und Ausbau benachteiligter Gebiete. Wir müssen darauf ein besonderes Auge haben.

2017 eröffnet sich die Möglichkeit, weitere Mittel von der ersten in die zweite Säule herüberzuholen und dort zu binden. Der Erfolg der jetzt neu eingeleiteten Maßnahme im **ELER** in Schleswig-Holstein wird darüber entscheiden, ob es dann durchsetzbar ist, mehr Mittel in den ländlichen Entwicklungsfonds hineinzuholen.

Meine Redezeit reicht leider nicht, um alle Bereiche einzeln durchzudeklinieren und auf sie einzugehen. Ich möchte weitere kurze Bemerkungen zum **ESF** machen. Hier stehen mit 75 Millionen € noch drei Viertel der Mittel zur Verfügung - hierauf müssen wir uns stärker konzentrieren -, was dazu führt, dass viele gute Projekte, die wir gern aufstocken würden, weniger Geld erhalten oder gerade einmal ihren Status quo erhalten.

Die Landesregierung hat uns zugesichert, dass die Mittel für die wichtige Arbeit von „**FRAU & BERUF**“ gleich bleiben werden. Hervorheben möchte ich hierbei die Handlungsfelder „Schule und Beruf“ beziehungsweise „Plus“. Das Land bemüht sich in-

(Bernd Voß)

tensiv um eine Aufstockung der Bundesmittel für dieses Projekt. Die Landesregierung hat uns zugesichert, dass die Anzahl der begünstigten Jugendlichen in diesem Bereich auch bei sinkenden Schülerzahlen auf keinen Fall geringer werden soll.

Bei der interterritorialen Zusammenarbeit im INTERREG haben wir in Europa einen erheblichen Mittelaufwuchs, der besonders auch unsere überregionale Zusammenarbeit mit Dänemark, mit den Regionen der Ost- und Nordsee und auch in Teilprojekten mit europaweiten Regionen zugute kommt und sie fördert.

Die operative Planung des EMFF, des Europäischen Fonds für integrierte Meerespolitik und Fischerei, ist erst in der Startphase. Wir setzen auf wichtige Impulse für die integrierte Meerespolitik und eine Stärkung der umweltverträglichen handwerklichen Küstenfischerei in diesem Land.

Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Wahl des neuen europäischen Instruments, der ITI, der Integrierten Territorialen Investitionen im Rahmen des EFRE. Hierbei sollen Schwerpunkte für Energiewende, Umwelt und Tourismus besonders im Bereich der Westküste gesetzt werden.

Die Entwicklung der Projekte vor Ort ist ein neuer Baustein für eine aktive Beteiligung der Kommunen, der Zivilgesellschaft und der überregionalen Zusammenarbeit. So wird die Westküsteninitiative der Landesregierung auch finanziell untermauert.

(Beifall SPD und Detlef Matthiessen  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber halten wir uns Folgendes immer wieder vor Augen: Europa ist viel mehr, als Zuschüsse zu verteilen. Die verschiedenen europäischen Fonds, deren größter Anteil in die wirtschaftlich schwächeren Regionen Europas fließt, haben erst das Zusammenwachsen Europas, die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung des Kontinents möglich gemacht - bei Wahrung der kulturellen Vielfalt.

Gerade in so grauen Novembertagen wie derzeit sollten wir uns daran erinnern, dass die EU die europäische Integration der letzten 60 Jahre ermöglicht hat und das entscheidende historische Friedensprojekt für diesen Kontinent war und bleibt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch künftig werden die **Strukturfonds** der **Europäischen Union** für Schleswig-Holstein wertvolle **Finanzierungshilfen** ermöglichen, obgleich es in einzelnen Bereichen - das ist schon angesprochen worden - wie beim Regionalfonds EFRE und dem Europäischen Sozialfonds für unser Land geringere Fördermittel geben wird, als das in den zurückliegenden sieben Jahren der Fall war. In anderen Bereichen wird es für Schleswig-Holstein mehr Mittel aus Europa geben, insbesondere für die Entwicklung ländlicher Räume, aber auch beim INTERREG-Programm. Die in dieser Woche erfolgte Zustimmung des **Europäischen Parlaments** zum neuen **mehrjährigen Finanzrahmen** bis 2020 schafft zudem die notwendige Klarheit und Planungssicherheit, um auch Projekte über mehrere Jahre in Angriff zu nehmen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Punkt hinweisen, den der Bericht der Landesregierung nicht berührt. Im EU-Budget für die Jahre 2014 bis 2020 werden die **Forschungsmittel** auf knapp 80 Milliarden € erhöht. Dabei steigen sie gegenüber dem derzeitigen siebten Rahmenprogramm real um rund 30 %. Das ist, wie ich finde, eine richtige Weichenstellung.

(Beifall FDP)

Europa wird seine Wettbewerbsfähigkeit international nur sichern können, wenn es bei Forschung und Innovation zulegt. Von einer stärkeren Ausrichtung der EU-Mittel auf **Forschung und Innovation**, wie sie im Übrigen auch im Regionalprogramm EFRE vorgesehen ist, kann und muss auch unser Bundesland profitieren.

Dies gilt umso mehr, als geeignete Projekte in Zukunft sowohl gleichzeitig aus dem Forschungs- als auch aus dem Regionalfonds finanziert werden können. Hierauf hat der stellvertretende Generaldirektor der Generaldirektion „Forschung und Innovation“ bei den Gesprächen hingewiesen, die wir mit ihm und anderen Vertretern der Kommission Anfang November 2013 in Brüssel geführt haben. Das heißt, es gibt aufgrund dieser Neuregelung, dass für **einzelne Projekte** auch **Geld aus mehreren Fonds** eingesetzt werden kann, die Möglichkeit

(Dr. Ekkehard Klug)

für Synergien. Ich erwarte, dass die Landesregierung diese erweiterten Möglichkeiten nutzt und dass sie uns auch in den kommenden Ausschussberatungen darüber informiert, wie sie dies zu tun gedenkt.

Der vorliegende **schriftliche Bericht** ist, wie es angesichts der bei seiner Erarbeitung bestehenden Situation zu erwarten war, relativ allgemein gehalten. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Europaausschuss und die jeweils für die einzelnen Bereiche zuständigen Fachausschüsse zeitnah über die weitere Konkretisierung beziehungsweise Operationalisierung der Programme für unser Land zu informieren. Dazu gehört natürlich auch eine Aussage darüber, wie man sich in den kommenden Jahren die Kofinanzierung der EU-Programme vorstellt.

Meine Damen und Herren, sicherlich bleibt nach den nunmehr zwischen Ministerrat, Kommission und Europäischem Parlament erzielten Einigungen auch mancher bei uns im Lande geäußerte Wunsch unerfüllt. Herr Kollege Voß hat sich im Landtagsplenum am 20. März 2013 sehr beredt für eine Wunschliste ins Zeug gelegt. Nunmehr ist aber doch der vom Ministerrat eingeschlagene Sparkurs bei einigen sicherlich sehr wichtigen vom Parlament durchgesetzten Änderungen grundsätzlich zum Zuge gekommen. Ich hatte im Übrigen schon im März vorausgesagt, dass das so kommen würde.

Der grüne Abgeordnete Daniel Cohn-Bendit hat deswegen vor einigen Tagen, Mitte dieser Woche, in der **Haushaltsdebatte im Europäischen Parlament** interessanterweise vor allen Dingen den sozialdemokratischen Parlamentspräsidenten Martin Schulz scharf kritisiert. Ich darf aus der Rede von Herrn Cohn-Bendit zitieren:

„Neun Monate hat er sich aufgeplustert, immer mehr und immer mehr. Und dann hat einer mit der Nadel reingestochen, und das war's dann, das Parlament hatte nichts mehr zu melden.“

Ich weiß nicht, ob das die neue rot-grüne Herzlichkeit angesichts der sich in Berlin anbahnenden neuen Freundschaften und dem Ende alter Beziehungskisten ist. Wir wissen: Selbst der Kollege Dr. Stegner weilt heute als neuer Sprecher des „Sozialdemokratischen Freundeskreises Angela Merkel e. V.“ in der Bundeshauptstadt.

(Beifall FDP und CDU - Heiterkeit PIRATEN - Zurufe SPD und Dr. Heiner Garg [FDP])

- Auf einmal sind die Sozialdemokraten aufgewacht, obwohl sie schon so schön ihren Mittagschlaf begonnen hatten.

(Lars Winter [SPD]: Ihre Rede, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, die Forderung nach mehr Geld für Brüssel bei gleichzeitigen Sparzwängen in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union war - das habe ich eben schon gesagt - von Anfang an unrealistisch.

Umso wichtiger ist es, die verfügbaren und durchaus ansehnlichen Mittel jetzt effizienter als in der Vergangenheit einzusetzen; dazu ist von den Vorrednern auch schon einiges gesagt worden.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Die **zielgerichtetere Ausrichtung der EU-Förderprogramme**, von der auch der Bericht der Landesregierung Zeugnis ablegt, bietet dafür Chancen, die es zu nutzen gilt.

Weil ich wegen der Überlänge der Rede von Frau Ministerin Spoorendonk ein bisschen mehr Zeit bekommen habe, möchte ich noch eine kurze Anmerkung machen.

Man kann feststellen, dass die Europäische Union die einzelnen Regionen Europas nach bestimmten Kriterien in unterschiedliche Fördergebiete einteilt, dass **Schleswig-Holstein** in toto zu den **am stärksten entwickelten Regionen der Europäischen Union** gerechnet wird und wir deshalb nicht die Förderkonditionen haben, wie sie andere Teile der Europäischen Union genießen. Das ist ein Schicksal, das wir mit ganz Westdeutschland teilen, mit einer kleinen Ausnahme. Sie kennen die Geschichte von dem Dorf im Norden Galliens. Das liegt in diesem Fall nicht ganz im Norden, sondern es handelt sich erstaunlicherweise um den Regierungsbezirk Lüneburg, der die Förderkonditionen genießt, wie sie auch die neuen Bundesländer genießen.

Das kann man als Schleswig-Holsteiner natürlich durchaus beklagen. Denn bei einer kleinteiligeren Betrachtung unseres Landes - das habe ich auch in den Gesprächen angesprochen, die wir im November 2013 mit Vertretern der Generaldirektion für regionale Entwicklung geführt haben - kann man zu dem Ergebnis kommen, dass es auch in Schleswig-Holstein Teile gibt, die mindestens denselben Anspruch auf eine erweiterte Förderung haben wie der Regierungsbezirk Lüneburg. Aber da gilt der Satz: Mitgefangen, mitgegangen. Die Europäische Union betrachtet eben die einzelnen Teile Europas etwas großzügiger, als wir uns das wünschen. Insoweit

**(Dr. Ekkehard Klug)**

müssen wir jetzt sehen, wie wir die verfügbaren Fördermittel einsetzen können, um gerade die schwächer entwickelten Teile unseres Landes stärker zu unterstützen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben schon gehört, dass das Land in den Jahren 2014 bis 2020 aus den verschiedenen EU-Strukturfonds Fördermittel und Subventionen in hoher dreistelliger Millionenhöhe erhalten wird. Dementsprechend wichtig ist dieses Instrument für die Entwicklung unseres Landes.

An dieser Stelle möchte ich unseren schleswig-holsteinischen Ministern, die in Berlin die Verteilung der Fördermittel ausgehandelt haben - auch Ihnen, Herr Meyer - meine Anerkennung für ihr Verhandlungsgeschick aussprechen. Das ist ein durchaus ansehnliches Ergebnis und positiver, als wir erwartet hätten.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umso enttäuschender, muss ich leider sagen, ist der **Bericht**, den Sie uns über die geplante Verwendung der Mittel, die uns in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen, vorgelegt haben. Von **Transparenz** oder gar **Mitbestimmung** der Bürgerinnen und Bürger bei der Ausgestaltung dieser Subventionsprogramme kann überhaupt keine Rede sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kollege Voß, Mitbestimmung heißt doch nicht: Ihr hättet ja etwas sagen können!

Was haben wir denn erlebt? Wir haben erlebt, dass uns **Ende 2012** bestimmte **Zielrichtungen** einfach vorgelegt worden sind. Hat es davor irgendeine Art von Parlamentsbeteiligung oder Bürgerbeteiligung über die Ziele gegeben? - Nein. Wir haben dann erlebt, dass uns dieser Bericht mit den konkretisierten Zielen von der Regierung vorgelegt worden ist. Sind wir dazu, zu dem Entwurf der geplanten Ziele, angehört worden? - Nein. Wir haben gerade gehört, dass diese Woche der Entwurf der **Operationellen Programme** beschlossen worden ist. Haben wir einmal einen Entwurf gesehen und Gelegenheit gehabt, zu den Plänen Stellung nehmen zu können? - Nein. Das ist keine Transparenz und hat auch mit

Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger nichts zu tun.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Das Internet macht es doch schon längst möglich, die Menschen zu fragen: Folgende Schwerpunkte gibt es vonseiten der EU zur Auswahl; diese Schwerpunkte könnten wir setzen. Was meint ihr? Welche Schwerpunkte würdet ihr für die Zukunft unseres Landes setzen? - Diese Möglichkeiten der **Bürgerbeteiligung** werden überhaupt nicht ausgeschöpft. Herr Minister Meyer hat im Ausschuss gesagt, der **Programmbeirat** werde ja beteiligt. Dazu muss ich sagen: Der nicht öffentlich tagende Programmbeirat ist nicht dazu da, die Zielsetzungen oder die Ausgestaltung der Programme festzulegen. Er ist für die Umsetzung der Programme zuständig und nicht etwa für die Schwerpunktsetzung. Dies ist eine politische Aufgabe.

Im Übrigen - die Kollegin Damerow hat es schon kritisiert - ist noch immer nicht geklärt, wie denn der **Sachverstand** der **Regionen** in die Vergabe der Fördermittel eingebunden werden soll. Das ist eine ganz wichtige Frage. Das ursprünglich genannte Argument, es gebe weniger Mittel, also müsse an den Strukturen gespart werden, kann mit den neuen Zahlen nicht mehr gelten. Infolgedessen ist dies dringend klärungsbedürftig. Ein Vertreter von allen Kommunen ist natürlich nicht ausreichend, wenn künftig auch der Sachverstand der Regionen bei der Mittelvergabe eingebunden werden soll.

Das intransparente Verfahren, in dem diese Schwerpunktsetzung ausgearbeitet worden ist, führt entsprechend auch zu schlechten Ergebnissen. Die **Schwerpunkte**, die Sie setzen wollen, sind aus meiner Sicht die falschen. Um ein Beispiel aus dem regionalen Entwicklungsfonds zu nennen: Sie führen die Subvention von Einzelunternehmen fort, obwohl längst bekannt ist, dass von dieser einzelbetrieblichen Förderung vor allem ohnehin geplante Projekte profitieren - das heißt, Sie haben hierdurch massive Mitnahmeeffekte zu verzeichnen -, dass durch diese einzelbetriebliche Förderung innerhalb Deutschlands auch eine Standortkonkurrenz gefördert wird und dass sich Regionen durch verschiedene Fördermittel gegeneinander ausspielen lassen. Das wollen wir gerade nicht. Es ist auch bekannt, dass von dieser **einzelbetrieblichen Förderung** Großunternehmen und Konzerne überproportional profitieren. Diese müssen wir aber gerade am wenigsten fördern. Fördermittel fließen auch in strukturstarke Regionen, während es erforderlich wäre, die Förderung auf strukturschwache Regionen Schleswig-Holsteins zu konzentrieren.

(Dr. Patrick Breyer)

(Beifall PIRATEN)

Auf alle diese Probleme der einzelbetrieblichen Förderung haben Sie keine Antwort gegeben. Sie haben nicht gesagt, wie Sie das künftig vermeiden wollen.

Auch bei der **Infrastruktur-** und **Clusterförderung** hat die Evaluierung des letzten Programms ergeben, dass sie nur geringe Effekte auf die Wirtschaftstätigkeit in der Region hat und dass diese Cluster nach Ende der Förderung im Endeffekt auch gar nicht mehr tragfähig sind, obwohl das vorübergehende Programme sind, die keine dauerhaften Strukturen finanzieren sollen.

Auch auf diese Probleme gibt uns die Landesregierung keinerlei Antwort. Das setzt sich mit der Schwerpunktsetzung fort, die Sie laut Ihres Berichts vornehmen wollen. Sie haben vonseiten der EU eine Vielzahl von Feldern zur Verfügung gehabt, die man fördern könnte, legen aber beim **EFRE** zum Beispiel keinen Schwerpunkt auf den Bereich des Ausbaus des Breitbandzugangs, obwohl das ein sehr wichtiges Thema für uns ist, für unsere Bürger ebenso wie für unsere Wirtschaft. Sie legen keinen Schwerpunkt auf die Förderung nachhaltiger städtischer Mobilität, zum Beispiel im Bereich des Radverkehrs, keinen Schwerpunkt auf Gründerzentren, auf gemeindliche Gesundheitsdienste oder auf die Entwicklung der Aus- und Weiterbildungsstruktur. - Ich weiß wohl, dass Mittel in diesen Bereichen vorgesehen sind, aber Sie legen eben keinen Schwerpunkt darauf. Das ist die Kritik. Es ist eine Kritik an der **Schwerpunktsetzung**.

(Beifall PIRATEN)

Das setzt sich beim **Europäischen Sozialfonds** fort. Dort legen Sie keinen Schwerpunkt auf die Förderung gleichen Zugangs zu Kindertagesstätten und Schulen. Sie nutzen nicht die Möglichkeit der Zielsetzung einer Verbesserung und Stärkung der Hochschulen, Sie legen keinen Schwerpunkt auf die Entwicklung digitaler Kompetenzen und digitaler Integration der Menschen in diesem Land.

Beim **ELER-Fonds** legen Sie keinen Schwerpunkt auf Selbstständigkeit und Unternehmensgründung, keinen Schwerpunkt auf den Breitbandausbau, und der Tourismus ist in den Leitlinien auch nicht als konkretes Ziel genannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schwerpunktsetzung ist intransparent erfolgt und dementsprechend problematisch ausgefallen. Sie legen weiterhin den Schwerpunkt auf eine **Industrie- und Wirtschaftsförderung**, statt sich darauf zu konzen-

trieren, die Rahmenbedingungen für eine **zukunftsgerichtete Informationsgesellschaft** in Schleswig-Holstein zu gestalten.

Wir PIRATEN fordern, den Prozess der Programmausgestaltung öffentlich zu machen und die Öffentlichkeit und das Know-how des Parlaments mit einzubinden, und zwar auch in die Vergabeentscheidungen, die später beabsichtigt sind. Haben Sie den Mut, die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land mitentscheiden zu lassen, und ich sage Ihnen: Das Ergebnis wird ein besseres sein. - Danke sehr.

(Beifall PIRATEN und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Frau Kollegin Jette-Waldinger Thiering das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Vorredner, Herr Kollege Patrick Breyer! Wenn wir, wie Sie das gerade eben angesprochen haben, das Verfahren transparenter gestalten und das Know-how des Parlaments einfließen lassen sollten, möchte ich wissen, wo Sie sich vorhin befanden, als die Ministerin sprach beziehungsweise was Sie gelesen haben, als Sie den schriftlichen Bericht der Landesregierung lasen. Darin sind ganz viele Dinge enthalten, von denen Sie hier gerade gesprochen haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens der EU hat das Europäische Parlament jüngst die Weichen für den **Förderzeitraum von 2014 bis 2020** gestellt. Damit ist ein zweijähriger und sehr arbeitsintensiver Prozess zu Ende gegangen. Die neuen Förderkriterien richten sich nach der **EU-Wachstumsstrategie 2020** und wurden entsprechend angepasst. Soll heißen: Die fünf Kernziele der Strategie 2020 zur Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum werden nun für die Förderperiode maßgeblich sein.

Wie das **Volumen** für die kommende Förderperiode in Gänze ausfallen wird, ist zurzeit noch nicht ganz klar. Die Ergebnisse für den Fischereifonds stehen noch nicht fest. Aber Schleswig-Holstein wird es nicht ganz so heftig treffen, wie anfangs noch zu befürchten war. Ich halte dies für eine gute Nachricht, denn Schleswig-Holstein profitiert seit

**(Jette Waldinger-Thiering)**

vielen Jahren von den europäischen Strukturfondsmitteln.

Nun kommt es darauf an, die Mittel in Übereinstimmung mit den EU-Vorgaben und den landespolitischen strategischen Zielen möglichst effizient und zielgerichtet einzusetzen. Dabei kommt uns zugute, dass die strategischen Ziele der Landesregierung mit den Zielen der Europastrategie 2020 weitgehend kompatibel sind. Ich bedanke mich bei der Landesregierung, dass es ihr in hervorragender Weise gelungen ist, die Programmierung der einzelnen Fonds ressortübergreifend zu gestalten.

(Beifall Regina Poersch [SPD])

Dies war gewiss keine leichte Aufgabe,

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

da unterschiedliche Vorgaben und Interessen bei diesem Prozess zu berücksichtigen waren.

Der Bericht macht deutlich, wo die Reise hingeht. Vor allem wird deutlich, wo das **Land** seine **Schwerpunkte** bei den einzelnen Fonds setzt.

Da es sich insgesamt um einen umfangreichen Förderkatalog handelt, werde ich mich auf einige Punkte beschränken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Schade!)

- Wenn ich gewusst hätte, dass ich noch drei Stunden weiterreden darf, hätte ich das ausführlich darstellen können.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, Herr Kollege Arp.

Durch die Vorgaben der Europastrategie 2020 bekommen **Energiewende** und **Klimaschutz** einen neuen Stellenwert in der kommenden Förderperiode. Damit rücken sie noch weiter in den politischen Fokus Schleswig-Holsteins. Soll heißen: Wir werden künftig mehr für energetische Optimierung, Steigerung der Energieeffizienz, Maßnahmen zur Energieeinsparung und den Ausbau der regenerativen Energien erreichen können. Zudem werden entsprechende Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie vergleichbare Vorhaben mit rund 40 % aus ELER- und EFRE-Mitteln gefördert. Es ist ein ganz neuer Ansatz der EU, aber das macht deutlich, dass man auch dort erkannt hat, dass auf diesem Sektor mehr getan werden muss als bisher. Für Schleswig-Holstein ist dies eine große Chance, die Energiewende weiter voranzubringen.

Ebenso ist das Instrument der „**Integrierten Territorialen Investitionen**“ neu, das unter anderem den Aspekt der Energiewende aufgreift. Mit ITI wird ein neues Instrument geschaffen, um investitionsübergreifende Strategien aus dem Operationellen Programm von EFRE zu fördern. ITI ist für die Westküste geplant und mit einem Gesamtvolumen von 30 Millionen € ausgestattet. ITI ist also neuer Wein in neuen Schläuchen; denn ITI ist flexibel einsetzbar, um regionale und sektorenübergreifende Strategien besser zu unterstützen.

Den ESF werden wir in Schleswig-Holstein schwerpunktmäßig nutzen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, um Fachkräfte besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und um sie dort zu halten. Dafür werden wir den Bildungssektor stärken. Wir werden die Mittel darauf konzentrieren, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern. Lebenslanges Lernen und die Weiterbildung der Arbeitskräfte werden wir nutzen, um Fachkräfte dem Arbeitsmarkt anzupassen.

Als Letztes möchte ich hervorheben, dass wir es sehr begrüßen, dass das grenzüberschreitende Instrument **INTERREG** fortgesetzt wird. Sowohl das Land als auch die beteiligten deutschen Gebietskörperschaften sowie die beiden dänischen Regionen haben bereits frühzeitig ihr Interesse an der Fortführung des Programms bekundet. Die Auswertung des bisherigen Programms hat deutlich gemacht, wo die Schnittmengen der Stärken, Kompetenzen und Interessen der Region liegen. Dies ist deckungsgleich mit den vier thematischen Zielen, auf die man sich künftig im INTERREG V A konzentrieren wird.

Schleswig-Holstein hat seine Hausaufgaben gemacht. Die Programmierung für die neuen EU-Strukturfonds steht, und damit sind wir gut aufgestellt. Hierfür gilt mein Dank allen Beteiligten.

Wer heute schon Zeit gehabt hat, den Pressespiegel zu lesen, hat gesehen, dass, auch wenn wir insgesamt zwar in Schleswig-Holstein mehr Geld bekommen werden, über den ESF nicht so viel dabei für das Land herumkommen wird, nur 75 % der alten Summe.

Frau Damerow fragte, wie es mit den **Weiterbildungsverbänden** weitergeht. Ich hoffe, dass Sie die Einladung zum 4. Dezember 2013, zu der Kick-off-Veranstaltung für genau diesen Dialog, bekommen haben. Ich hoffe, dass Sie sich angemeldet haben und dort kreativ mit uns diskutieren werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Kollegin Regina Poersch.

**Regina Poersch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Astrid Damerow, man kann über die Ausgestaltung von sieben Jahren Förderperiode unterschiedlicher Auffassung sein. Man kann auch unterschiedliche Schwerpunkte setzen wollen. Aber einen Begriff, den Sie in Ihrer Rede verwandt haben, lasse ich einfach nicht auf uns sitzen: Das ist das Wort „Skandal“. Sie haben beklagt, dass Sie nicht wüssten, was die **Integrierte Territoriale Investition** ist, Sie hörten heute zum ersten Mal von den 30 Millionen €, Sie wüssten nicht, wie die regionale Beteiligung vorgesehen sei. Um das Wort Skandal aufzugreifen - ich finde es eher einen Skandal, dass Sie offensichtlich versäumt haben, in das Protokoll des Europaausschusses vom 4. September 2013 zu gucken. Dort hat Staatssekretär Dr. Nägele sehr ausführlich - ich habe nachgeguckt, es sind zehn Seiten Protokoll - über ITI und die regionale Beteiligung informiert hat. Das war ausführlich. Zehn Seiten Protokoll sprechen wohl für sich.

Ich weise auch auf den schriftlichen Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/1217, hin. Auf Seite 7 ist in der ersten Hälfte ausführlich beschrieben, was ITI ist.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Kollegin Damerow dazu?

**Regina Poersch [SPD]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Damerow, bitte schön.

**Astrid Damerow [CDU]:** Frau Kollegin, ich weise darauf hin, daß ich vorhin nicht gesagt habe, ich wisse nichts von den 30 Millionen €. Der Minister hat es ja gestern angekündigt. Ebenso habe ich konstatiert, dass wir grundsätzlich begrüßen, dass etwas für die Westküste geschieht. Das einzige, was wir nicht wissen, ist, wie es nun konkret aussehen soll. An den Bericht von Staatssekretär Nägele erinnere ich mich sehr wohl, der auch

über den Zeitraum bis zum Vorliegen von Ergebnissen des Westküstenbeirates sprach, die noch in weiter Ferne liegen. Das ist das, was ich eben angemerkt hat.

(Beifall CDU)

**Regina Poersch [SPD]:**

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung antworten. Der schriftliche Bericht der Landesregierung datiert vom 7. November 2013. Es kann nicht sein, dass Sie gestern vom Wirtschaftsminister oder heute Morgen von der Europaministerin überrascht wurden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Abgeordnete, Entschuldigung. Sind Sie noch bei der Antwort oder bei der Bemerkung in Bezug auf die Zwischenfrage?

**Regina Poersch [SPD]:**

Die Bemerkung ist beendet.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Okay. Dann frage ich Sie, ob Sie eine weitere Wortmeldung der Kollegin Anke Erdmann gestatten.

**Regina Poersch [SPD]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte schön, Frau Erdmann.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Liebe Frau Kollegin Poersch, haben Sie Frau Kollegin Damerow auch so verstanden, dass sie gesagt hat, sie sei über all diese Dinge nur zufällig und von den Leuten aus den Regionen informiert worden?

**Regina Poersch [SPD]:**

Das habe ich auch so verstanden.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Okay!)

Ich möchte dann vielleicht zu **ITI** inhaltlich sagen: Es kann nicht sein, dass die Opposition hartnäckig rumkrittelt an der **Westküsteninitiative**, aber wenn

**(Regina Poersch)**

das dann konkret mit 30 Millionen € unterfüttert wird, ist es auch verkehrt. Da müssen Sie sich schon entscheiden.

(Rainer Wiegard [CDU]: Was wird denn mit 30 Millionen € gefördert?)

Eine Bemerkung noch auf die Äußerungen des Kollegen Dr. Breyer: Sie haben kritisiert, das sei überhaupt nicht öffentlich, und es sei ein Closed Shop. Wissen Sie: Es ist so, dass eine Koalition durchaus für sich in Anspruch nimmt, eine politische Idee von diesem Land zu haben und das auch aufzuschreiben in einem öffentlich zugänglichen Koalitionsvertrag. Ich möchte nur kurz die sechs Schwerpunkte aus dem Koalitionsvertrag erwähnen, das geht ganz schnell: Das sind Bildung und Forschung, Armutsbekämpfung, Energie- und Ressourceneffizienz, Klima- und Umweltschutz, Beschäftigung und kleinere und mittlere Unternehmen - fertig, alles öffentlich, alles nachvollziehbar. Das ist unsere Idee von diesem Land. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Zu einem weiteren Driminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal unterstreichen, warum es meiner Fraktion so wichtig ist - und wir werden das auch weiter fordern -, Transparenz und regionale Beteiligung einzufordern. Wir waren unter anderem beim **Ausschuss der Regionen**. Der wird im nächsten Jahr 20 Jahre alt. Wir haben sehr gute Gespräche geführt. Erfreulicherweise spielt sich so etwas bei Delegationsreisen nicht im Konflikt ab, sondern es war wirklich eine sehr informative Reise. An der Stelle möchte ich mich auch bei den Mitarbeitern des Hanse-Office bedanken.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt SPD)

Der Ausschuss der Regionen ist so etwas wie ein Frühwarninstrument. Wenn es um **regionale Fehlentwicklungen** geht, soziale oder wirtschaftliche Belange betrifft, dann ist er derjenige, der den Puls in der Region fühlt. Regina Poersch vertritt uns da. Ich finde das toll. Sie berichtet regelmäßig, aber wir sollten das ernst nehmen, vor allen Dingen, wenn der Ausschuss der Regionen jetzt nach 20 Jahren sagt, dass es Fehlentwicklungen gebe. Darüber müssen wir sprechen.

Ich werde Ihnen meinen eigenen Bericht gern in Kürze zur Verfügung stellen. Aber das Résumé des Ausschusses der Regionen ist, dass zurzeit - es gibt eine Umfrage dazu - Interessen der Bürgerinnen und Bürger zeigen, dass 61 % wegen steigender Arbeitslosigkeit besorgt seien und 32 % wegen der wirtschaftlichen Lage der EU, dass es eine Fehlentwicklung in der Vergangenheit gab, die eine rasant steigende Jugendarbeitslosigkeit ignoriert hat. Deswegen wird es jetzt ein EU-Paket zur Bekämpfung der europäischen Jugendarbeitslosigkeit geben, die im Moment europaweit bei 25 % liegt; das sind Zahlen, die wir nicht ignorieren sollten. Das zeigt eine politische Dimension auf, die zu so einer Debatte gehört. Der Ausschuss der Regionen hat über die Vergangenheit resümiert und gesagt: Statt sich jetzt nach der Weltwirtschaftskrise, die Verlierer und Gewinner hat, auf einen eigenen Weg zu begeben, sei es besser, einen **gemeinsamen Weg** zu finden, was auch bedeuten würde, dass wir bereit sind, mehr **Kompetenzen** kontrolliert **an die EU abzugeben**, um zusammenzubleiben. Er hat gesagt, dass es einen gefährlichen Trend der **Renationalisierung** gibt und dass das, was wir an demokratischen Elementen auch in Schleswig-Holstein wollen - Selbstbefassung bei Subsidiarität in dringenden Fällen zum Beispiel -, auch in anderen Ländern mit immer mehr Anforderungen an die Prüfung der Subsidiarität verbunden ist - aus dem politischen Ziel, das weitere Zusammenwachsen der EU zu verhindern.

Deswegen ist an dieser Stelle mein Appell, die Anforderung von Transparenz und regionaler Einbeziehung ernst zu nehmen. Die Menschen werden Europa sonst nur als Geldgeber oder -versager verstehen. Das gefährdet die europäische Idee. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und Regina Poersch [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin.

Für die Landesregierung bittet Ministerin Anke Spoorendonk um das Wort, das ich ihr jetzt gern erteile.

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist regelmäßig gut, etwas länger dabei gewesen zu sein. Dann wird man nicht so schnell von Debatten im Landtag überrascht, man



**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

wird auch nicht so schnell davon überrascht, dass Debatten im Landtag letztlich doch nicht wahrgenommen werden. Gleiches gilt für Ausschussberatungen. Darum bin ich Bernd Voß auch sehr dankbar dafür, dass er noch einmal angerissen hat, dass uns dieses Thema nicht erst seit ein paar Monaten beschäftigt. Ich bin ihm dankbar dafür, dass er deutlich gemacht hat, dass die Diskussion um die **Europastrategie Europa 2020** schon 2009 begann und dass dieser Beschluss auf EU-Ebene 2010 gefasst wurde.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Das heißt, dass wir einen Prozess hinter uns und auch einen Prozess vor uns haben. Ich gehe davon aus, dass sich alle Fraktionen des Landtags weiterhin an diesem Konzept beteiligen werden - so wie alle anderen in diesem Land auch.

Da bin ich beim nächsten Punkt: In dem letzten Jahr ging es um die Erarbeitung der **Operationellen Programme**. Es ging darum, dass Menschen und betroffene Regionen vor Ort einbezogen werden sollten und mussten. Es ging darum, dass die Beteiligung außerhalb dieses Parlaments - Beteiligung ist viel mehr als Landtagsbeteiligung - ernst genommen wurde. Genau das ist geschehen. Die Beteiligung ist ernst genommen worden. Die Menschen sind mit einbezogen worden. Es gibt auch gerade vor dem Hintergrund der EU-2020-Strategie die Notwendigkeit zu sehen, wie wir die Ziele am besten umsetzen können. Die Landesregierung hat gesagt: Wir haben unsere strategischen Ziele in unsere Arbeit einbezogen. Das ist die Grundlage für die Erarbeitung der Operationellen Programme.

Der Unterschied zu dem, was wir in der letzten Programmperiode erlebt haben - ich weiß, wovon ich rede -, ist eben, dass diese **Landesregierung** die Arbeit koordiniert. Ich als Europaministerin stehe für diese **Koordinierungsaufgabe** zur Verfügung, ich und mein Haus tun es auch gern, aber die fondsverwaltenden Ressorts sind diejenigen, die die Arbeit und auch die Zuarbeit zu leisten haben. Genau das geschieht.

Wir haben mit der interministeriellen Arbeitsgruppe ein Navigationsinstrument, sodass wir uns immer wieder mit der Frage befassen, ob wir auf dem richtigen Weg sind, passt es zur EU-2020-Strategie und zu dem, was sich auch die Landesregierung vorgenommen hat?

Zu den Problemen eines schriftlichen beziehungsweise mündlichen Berichts werde ich jetzt nichts mehr sagen. Aber ich muss deutlich machen, dass das, was der Kollege Breyer vorhin gesagt hat und

was auch von Frau Abgeordneter Beer angedeutet wurde, dass alles eigentlich nur im geschlossenen Raum und im stillen Kämmerlein beschlossen wurde, so nicht zutrifft.

(Vereinzelter Beifall SPD, Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Man kann natürlich in einer Debatte immer über alles reden. Man kann auch über den **AdR** und über **Subsidiaritätskontrolle** reden. Ich finde, diese Diskussion sollten wir gern im Ausschuss führen. Ich werde mich daran beteiligen, denn wie Sie wissen, vertrete ich auch das Land Schleswig-Holstein im AdR. Bei der Gelegenheit könnte ich auch einmal deutlich machen, was auf der gestrigen EMK zu eben diesem Thema ausgeführt worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Deshalb schließe ich die Beratungen.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/1217 federführend dem Finanzausschuss und mitberatend allen Ausschüssen zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1155](#)

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Energetische Sanierung“**

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1156](#)

**c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1157](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
[Drucksache 18/1243](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach vielen Hinweisen aus dem Parlament verweise ich gern auf die Vorlage.

(Heiterkeit und Beifall)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich danke dem Berichterstatter. Ich sehe keine Wortmeldungen zu dem Bericht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

Abstimmung zu a): Ich lasse abstimmen über den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1155. Ich lasse über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer lehnt diese Fassung ab? Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen der CDU und PIRATEN. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 18/1243 mit den Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und SPD bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und PIRATEN angenommen.

Ich komme zur Abstimmung zu b): Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1156. Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1156. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? - Das ist der Kollege Patrick Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Mitglieder der Fraktion der PIRATEN sowie die Mitglieder der Fraktionen der CDU und FDP. Damit ist der Gesetzentwurf Drucksache 18/1156 mit den Stimmen von SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD angenommen.

Ich komme zur Abstimmung zu c): Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/1157. Ich lasse über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP, CDU, SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? Wer enthält sich? - Das sind die Mitglieder der Fraktion der PIRATEN. Damit ist dieser Gesetzentwurf bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Sammeldrucksache:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

[Drucksache 18/1316](#)

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/1316. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete und kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/1316 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Ich weise Sie abschließend darauf hin, dass der Kollege Patrick Breyer gemäß § 64 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung eine schriftliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten zu Protokoll gegeben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich beende die Tagung. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit. Liebe

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich hoffe, dass Sie vorsichtig fahren; Sie haben ja einen Anschließstermin. Viele Grüße an den ehemaligen Ministerpräsidenten Carstensen!

Ich gebe Ihnen noch bekannt, dass die 16. Tagung des Landtags am 11. Dezember 2013 um 10 Uhr beginnt. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen eine gute Zeit. Auf Wiedersehen!

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 12:54 Uhr**

## Anhang

## Reden zu Protokoll

**a) Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben**

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/157

**Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/216 (neu) - selbstständig -

**b) Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/179

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses  
Drucksache 18/1234

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die vom Sozialausschuss mehrheitlich empfohlene Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrages „Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation“ der Koalitionsfraktionen, Drucksache 18/216 (neu), in der Fassung der Drucksache 18/1234 lehne ich ab. Nach diesem Antrag soll ein bundesweit einheitlicher Grenzwert für das mögliche Absehen von Strafverfolgung bei Cannabisprodukten angestrebt werden, obwohl bei der überwiegenden Zahl der Bundesländer eine entsprechende Initiative der Landesregierung keine Unterstützung gefunden hat.

Die strafrechtliche Verfolgung von Cannabiskonsumenten ist grundfalsch und schädlich. Nach einschlägigen Untersuchungen wird in Staaten ohne Kriminalisierung dieses Konsums nicht mehr Cannabis konsumiert als in Deutschland. Dagegen führt die Verdrängung des Konsums in die Illegalität zu Gesundheitsrisiken der Konsumenten, bringt diese mit Händlern „harter“ Drogen in Kontakt und finanziert Strukturen der organisierten Kriminalität. Die Piratenpartei fordert eine kontrollierte legale Abgabe in Verbindung mit einer deutlichen Verstärkung der Maßnahmen zur Vorbeugung von Drogenmissbrauch.

Der Versuch einer bundesweiten Einigung sämtlicher Länder auf einen deutlich höheren Grenzwert, wie er dringend erforderlich wäre, ist auch in Zukunft vollkommen aussichtslos. Aus diesen Gründen muss Schleswig-Holstein den Richtwert für den Besitz geringer Mengen an Cannabis zum Eigengebrauch eigenständig anheben, beispielsweise auf die schon früher geltende Grenze von 30g. Dass die Koalition das entsprechende Versprechen im Koalitionsvertrag bricht, ist inakzeptabel.

Den übrigen Inhalt des Antrags unterstütze ich.

**Initiative für ein Europäisches Kulturerbe-Siegel Schleswig-Holstein/Süddänemark**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/433

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses  
Drucksache 18/1244

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Den vom Europaausschuss mehrheitlich abgelehnten Antrag der CDU-Fraktion „Initiative für ein Europäisches Kulturerbe-Siegel Schleswig-Holstein/Süddänemark“, Drucksache 18/433, lehne ich ab. Zwar ist die Absicht der Antragsteller zu begrüßen, für die Region Schleswig-Holstein/Süddänemark als Modellregion für die Minderheitenpolitik in Europa zu werben. Die geforderte Meldung der Region Schleswig-Holstein/Süddänemark zum „Europäischen Kulturerbe-Siegel“ ist jedoch nach den Kriterien zur Vergabe dieses Siegels nicht möglich. Gemeldet werden können nicht Regionen, sondern nur konkrete Stätten, die eine bedeutende Rolle in Geschichte und Kultur gespielt haben. Im Rahmen der Anhörung sind - etwa vom Oberbürgermeister Flensburgs - Zweifel geäußert worden, ob sich solche Stätten mit Modellcharakter für die Minderheitenpolitik identifizieren lassen, namentlich ob die in der Begründung des Antrags genannten Stätten geeignet sind. Vor diesem Hintergrund wäre zunächst mit den betroffenen Regionen zu erörtern, ob und in welcher Form eine Bewerbung möglich und sinnvoll ist. Auch wäre die Finanzierung zu klären. Insofern wäre der Änderungsantrag der FDP-Fraktion, Umdruck 18/1312, zielführend gewesen, dieser Antrag ist jedoch abgelehnt worden. Auf der Grundlage der

bisherigen Erkenntnisse halte ich das von der CDU-Fraktion beantragte Votum zugunsten einer Bewerbung für verfrüht.